

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 06.12.2011, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Dorfkrug Hankhausen, Loyer Weg 91, 26180 Rastede

Rastede, den 24.11.2011

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2011 | |
| TOP 4 | Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenbürgermeister
Vorlage: 2011/204 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 5 | Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenratsmitglied
Vorlage: 2011/203 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 6 | Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss
Vorlage: 2011/196 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 7 | Erlass der Hauptsatzung
Vorlage: 2011/209 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 8 | Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"
Vorlage: 2011/169 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 9 | Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"
Vorlage: 2011/170 | Berichterstatter: Herr Langhorst |

- Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/204

freigegeben am 21.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 21.11.2011

Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenbürgermeister

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Herrn Dieter Decker wird die Bezeichnung „Ehrenbürgermeister“ verliehen.

Sach- und Rechtslage:

Mit Beendigung der Wahlperiode am 31.10.2011 ist Herr Dieter Decker aus dem Gemeinderat der Gemeinde Rastede und als hauptamtlicher Bürgermeister ausgeschieden.

Insgesamt hat Herr Decker von 1972 bis 2011, also insgesamt 39 Jahre, im Rat der Gemeinde Rastede mitgewirkt. Hiervon war er alleine 35 Jahre (7 Wahlperioden) Mitglied im Verwaltungsausschuss und über 21 Jahre ehrenamtlicher beziehungsweise hauptamtlicher Bürgermeister. Außerdem war Herr Decker vom 1976 bis 1990 zweiter stellvertretender Bürgermeister.

Weitere kommunalpolitische Stationen von Herrn Decker sind die langjährigen Mitgliedschaften im Bauausschuss (1972 – 1986; von 1972 – 1976 Vorsitzender), im Finanz- und Steuerausschuss (Vorsitzender von 1976 – 1981) sowie im Jugend- und Sportausschuss (1972 – 1976).

Herr Decker hat sich darüber hinaus neun Jahre (1994 – 2003) im Niedersächsischen Landtag sowie von 1972 bis zu seinem Amtsantritt als hauptamtlicher Bürgermeister im Jahr 2003 über insgesamt 31 Jahre im Ammerländer Kreistag beispielhaft für die Gemeinde Rastede eingesetzt.

Angesichts der Verdienste, die sich Herr Decker in seiner ehrenamtlichen aber auch in seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Rats- und Kreistagsmitglied erworben hat, wird deshalb angeregt, ihm die Bezeichnung „Ehrenbürgermeister“ zu verleihen.

Im Hinblick auf die sehr lange Tätigkeit als Bürgermeister und stv. Bürgermeister von 1976 bis 2011 (35 Jahre) ist aus Sicht der Verwaltung die Ehrenbezeichnung „Ehrenbürgermeister“, die erstmals an einen verdienten Bürger der Gemeinde Rastede vergeben würde, durchaus angemessen.

Soweit dem Antrag zugestimmt werden würde, sollte die Verleihung im Rahmen der Rats-sitzung am 06.12.2011 erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/203

freigegeben am 21.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 21.11.2011

Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenratsmitglied

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Herrn Hans-Gerold Finkeisen wird die Bezeichnung „Ehrenratsmitglied“ verliehen.

Sach- und Rechtslage:

Mit Beendigung der Wahlperiode am 31.10.2011 ist Herr Hans-Gerold Finkeisen aus dem Gemeinderat der Gemeinde Rastede ausgeschieden.

Insgesamt hat Herr Finkeisen von 1981 bis 2011, also insgesamt 30 Jahre, im Rat der Gemeinde Rastede mitgewirkt. Hiervon war er alleine 15 Jahre Mitglied im Verwaltungsausschuss. Außerdem war er von 1990 bis 2006 Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Weitere Stationen von Herrn Finkeisen sind die langjährigen Mitgliedschaften im Straßen- und Verkehrsausschuss (1981 – 1991), im Schulausschuss (1991 – 1996) sowie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss (1981 – 2011), den er 30 Jahre als Vorsitzender leitete.

Angesichts der Verdienste, die sich Herr Finkeisen in seiner Tätigkeit als Ratsmitglied erworben hat, wird deshalb angeregt, ihm die Bezeichnung "Ehrenratsmitglied" zu verleihen.

Soweit dem Antrag zugestimmt werden würde, sollte die Verleihung im Rahmen der Rats-sitzung am 06.12.2011 erfolgen.

Im Hinblick auf die bisherigen Verleihungen der Bezeichnung "Ehrenratsmitglied" würde der Rat seine Tradition fortsetzen. Auch die bisher mit dem Titel „Ehrenratsmitglied“ ausgezeichneten Ratsmitglieder (Herr Schlange, Frau von Essen, Herr Meister und Herr Brötje) haben sich durch eine über zwanzigjährige Mitgliedschaft im Rat sowie eine lang andauernde, mindestens fünfzehnjährige Berufung in den Verwaltungsausschuss und / oder eine besondere Funktionsübernahme (Bürgermeister / stellv. Bürgermeister / Fraktionsvorsitzender) ausgezeichnet.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/196

freigegeben am 14.11.2011

GB 2

Sachbearbeiter/in: Claudia Menze

Datum: 14.11.2011

Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Als Elternvertreter wird Herr Andre Hespe, wohnhaft Eichendorffstraße 19 in Rastede als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.

Frau Manuela Meyer, wohnhaft Nethener Weg 12 in Rastede wird als stellvertretende Elternvertreterin in den Schulausschuss berufen.

2. Als stimmberechtigte/r Vertreterin/Vertreter der Lehrkräfte wird
wohnhaft in den Schulausschuss berufen.

Als stellvertretende/r Vertreterin/Vertreter der Lehrkräfte wird
wohnhaft in den Schulausschuss berufen.

Sach- und Rechtslage:

In der konstituierenden Ratssitzung am 9.11.2011 wurde der Schulausschuss gebildet und gemäß § 110 des Niedersächsischen Schulgesetzes entschieden, dass je ein Vertreter der Lehrer, der Eltern und der Schüler als stimmberechtigte Mitglieder zu benennen sind.

Schülervvertretung

Als Schülervvertreterin wurde Frau Eva Keding und als stellv. Schülervvertreter Herr Nils Dußler bereits in der konstituierenden Ratssitzung berufen.

Elternvertretung

Der Gemeindeelternrat hat als stimmberechtigten Vertreter im Schulausschuss Herrn Andre Hespe und als seine Vertreterin Frau Manuela Meyer benannt.

Lehrerververtretung

Die Schulpersonalvertretungen aller Rasteder Schulen wurden aufgefordert, ein stimmberechtigtes Mitglied und eine/n Vertreterin/Vertreter zu benennen. Ein Vorschlag stand bis zur Vorlagenerstellung noch aus. Die Namen des/r Vertreters/Vertreterin der Lehrer im Schulausschuss nebst Stellvertreter/in werden innerhalb der Sitzung bekannt gegeben.

Die Vorschläge des Gemeindeelternrates und der Schulpersonalvertretungen sind für den Schulträger gemäß § 110 Niedersächsisches Schulgesetz bindend.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/209

freigegeben am 22.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Matthias Wolf

Datum: 22.11.2011

Erlass der Hauptsatzung

Beratungsfolge:

Status

N

Ö

Datum

Gremium

Verwaltungsausschuss

Rat

Beschlussvorschlag:

Die der Vorlage 2011/209 als Anlage 2 beigelegte Hauptsatzung wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Zum 01.11.2011 sind die Regelungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) durch die Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) abgelöst worden. Das neue Kommunalverfassungsrecht berücksichtigt im überwiegenden Maße rechtssystematische Neuordnungen, die in Teilen durch veränderte Rechtsbegriffe und Formulierungen zum Ausdruck kommen.

Diesem Umstand folgend bedurfte es bei der Ausarbeitung einer neuen Hauptsatzung / Geschäftsordnung in vergleichender Betrachtung zu der derzeit bestehenden Regelung entsprechender Anpassungen, die gleichwohl mehr redaktioneller als materiell-rechtlicher Art sind.

Ausweislich ist auf § 4 der zurzeit gültigen Hauptsatzung einzugehen, die die Teilnahme sämtlicher Ratsmitglieder an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer gestattet. Der Neuentwurf der Hauptsatzung weist eine dementsprechende Regelung nicht aus, da dieses Recht den Ratsmitgliedern nunmehr ausdrücklich durch § 78 Abs. 2 Satz 2 NKomVG eingeräumt wird.

Weiterhin sind gemäß § 34 Satz 5 NKomVG in der Hauptsatzung Regelungen über das Verfahren hinsichtlich der Behandlung von Anregungen und Beschwerden zu treffen. Dies ist in § 5 des Satzungsentwurfes, der eine geordnete Verfahrensweise unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Interessenlagen der die Anregung bzw. die Beschwerde vortragenden Personen wahrt, eingeflossen.

Die Aufnahme einer die Einwohnerversammlung regelnden Vorschrift (§ 7 der Hauptsatzung) folgt der Vorgabe des § 85 Abs. 5 Satz 5 NKomVG, durch Hauptsatzungsregelung (kurze) Konkretisierungshinweise aufzunehmen.

Das neue Kommunalverfassungsrecht lässt erstmals die Verkündung von Rechtsvorschriften und sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen durch Nutzung des Mediums Internet zu. Diese Möglichkeit der Verkündung berücksichtigt § 6 des Hauptsatzungsentwurfes.

Der Landesgesetzgeber hat sich bei der Schaffung dieser Verkündungsform von der Feststellung leiten lassen, dass gerade eine vorgesehene Internetverkündung den Bürgerinnen und Bürgern eine zumutbare Möglichkeit bietet, sich insbesondere über Satzungen ihrer Kommune zu informieren. Entsprechendes gilt für den Vergleich zwischen einer Verkündung im Internet und in örtlichen Tageszeitungen. Lt. Auswertung des Landesgesetzgebers haben 60% aller Haushalte eine Tageszeitung abonniert, 75% aller Haushalte hingegen verfügen über einen Internetanschluss. Auch unter Berücksichtigung einzeln erworbener Tageszeitungen und der Lektüre über Dritte kann daher davon ausgegangen werden, dass die Informationsmöglichkeit durch das Internet heute schon ähnlich weit verbreitet ist wie durch örtliche Tageszeitungen. Davon ausgehend, dass bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Ladungen und Übermittlungen von Beratungs- und Beschlussvorgängen sämtliche Rats- und Ausschusssitzungen betreffend über das Ratsinformationssystem Session elektronisch abgewickelt werden, stellt dieser Schritt eine konsequente Fortschreibung des bisherigen von allen Beteiligten befürworteten Weges dar, technisch sinnvolle Innovationen nutzbar zu machen und zu implementieren. Im Übrigen erfordert die Verkündung durch das Internet weiterhin einen kurz gehaltenen Hinweis in der Tageszeitung, sodass in vollumfänglicher Hinsicht ein transparenter Informationsfluss interessierten Bürgerinnen und Bürgern gegenüber sichergestellt wird.

In der Anlage ist der Entwurf der Hauptsatzung beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Nicht näher quantifizierbare Einsparungen werden sich durch die Verkündung via Internet ergeben, weil im gleichen Zuge die Notwendigkeit gemeindeseitig zu veranlassender Inserate in der Tageszeitung bzw. im Amtsblatt abnehmen.

Anlagen:

Anlage 1 - zurzeit gültige Hauptsatzung

Anlage 2 - neuer Hauptsatzungsentwurf

Hauptsatzung der Gemeinde Rastede

Aufgrund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) vom 22.6.1982 (Nds. GVBl. S. 383) in der Fassung vom 05.06.2001 (Nds. GVBl. S. 347) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 05.11.2001 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Rechtspersönlichkeit, Name, Bezeichnung

- (1) Die Gemeinde Rastede ist eine Gebietskörperschaft mit dem Recht der Selbstverwaltung.
- (2) Die Gemeinde führt den Namen Rastede und die Bezeichnung Gemeinde.

§ 2

Wappen, Dienstsiegel, Flagge

- (1) Das Wappen der Gemeinde Rastede zeigt auf gelbem (goldenem) Schildergrund oben einen schreitenden roten Löwen, darunter zwei rote Zick-Zack-Balken.
- (2) Das Dienstsiegel enthält das Wappen, die Zahl 1059, die Umschrift "Gemeinde Rastede" und an der unteren Umrandung die Ordnungszahl.
- (3) Die Flagge der Gemeinde Rastede ist blau-rot und enthält das Wappen.

§ 3

Verfügungen über Gemeindevermögen

- (1) Der Rat beschließt über Rechtsgeschäfte im Sinne des § 40 Abs. 1 Ziffer 11 NGO, soweit der Vermögenswert den Betrag von 100.000,00 € übersteigt. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 40 Abs. 1 Ziffer 11 NGO gehören bis zu einer Höhe von 11.000,00 € zu den Geschäften der laufenden Verwaltung.
- (2) Über Verträge der Gemeinde mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen oder dem Gemeindedirektor beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert des Vertrages 5.000,00 € übersteigt.

§ 4

Sitzungen des Verwaltungsausschusses

Ratsmitglieder, die nicht Beigeordnete sind, können an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer teilnehmen.

§ 5

Bauerschaften/Bezirksvorsteher

- (1) Das Gemeindegebiet gliedert sich in die herkömmlichen Bauerschaften.

- (2) Der Rat bestellt für jede Bauerschaft einen Bezirksvorsteher und einen Stellvertreter. Er kann sich dabei der Vorschläge bedienen, über die in einer Versammlung der Bürger der Bauerschaft abgestimmt worden ist. Der Bezirksvorsteher muss für das Amt geeignet sein.

§ 6

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Verordnungen und Satzungen werden im Amtsblatt für den Nds. Regierungsbezirk Weser-Ems veröffentlicht.
- (2) Sofern es geboten erscheint, werden Verordnungen und Satzungen zur Information der Gemeindebürger im Einzelfall auch in der „Nordwest-Zeitung – Ammerländer Nachrichten“ oder im Hauptteil der Zeitung veröffentlicht.
- (3) Sonstige Bekanntmachungen sind in der „Nordwest-Zeitung – Ammerländer Nachrichten“ oder im Hauptteil der Zeitung zu veröffentlichen. Dies gilt auch für Bekanntmachungen im Wege der Amtshilfe.
- (4) Bekanntmachungen aller Art sollen auch im Internetauftritt der Gemeinde veröffentlicht werden.
- (5) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Rechtsvorschrift, so ist eine Ersatzbekanntmachung dieser Teile durch Auslegung im Rathaus der Gemeinde zulässig. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der „Nordwest-Zeitung – Ammerländer Nachrichten“ oder im Hauptteil der Zeitung hinzuweisen. Die Dauer der Auslegung beträgt zwei Wochen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist. Die Ersatzbekanntmachung ist auch für umfangreichere Tagesordnungen von Ausschusssitzungen zugelassen.

§ 7

Rechtsverhältnisse der Gemeindebediensteten

Die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter wird in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen.

§ 8

Inkrafttreten der Hauptsatzung

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 17. März 1997, zuletzt geändert mit Satzung vom 11.12.2000, außer Kraft.

Rastede, den 05.11.2001

gez.
Decker
- Bürgermeister

(LS)

gez.
Röttger
- Gemeindedirektor -

1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Aufgrund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBL. S. 382), zuletzt geändert durch § 22 des Nds. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBL. S. 63) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 14.12.2004 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- (2) Über Verträge der Gemeinde mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen oder dem Bürgermeister beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert des Vertrages 5.000,00 € übersteigt.

§ 2

§ 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- (6) Verordnungen und Satzungen werden im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland veröffentlicht.

§ 3

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rastede, 14.12.2004

Decker
-Bürgermeister-

Hauptsatzung der Gemeinde Rastede

Auf Grund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 06.12.2011 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Bezeichnung, Name, Rechtsstellung

Die Gemeinde führt die Bezeichnung und den Namen „Gemeinde Rastede“.

§ 2

Wappen, Flagge, Dienstsiegel

- (1) Das Wappen zeigt auf gelbem (goldenem) Schildergrund oben einen schreitenden roten Löwen, darunter zwei rote Zick-Zack-Balken.
- (2) Die Farben der Flagge sind blau-rot; sie zeigt als Symbol das Wappen.
- (3) Das Dienstsiegel enthält das Wappen und die Umschrift „Gemeinde Rastede“, sowie die Zahl „1059“ und an der unteren Umrandung die Ordnungszahl.

§ 3

Ratszuständigkeit

Der Beschlussfassung des Rates bedürfen

- a) Rechtsgeschäfte im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 100.000,-- Euro übersteigt,
- b) Verträge im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 5.000,-- Euro übersteigt, soweit diese nicht aufgrund einer förmlichen Ausschreibung abgeschlossen werden.

§ 4

Beamtinnen und Beamte auf Zeit

Außer der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister wird die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter als Erste Gemeinderätin oder Erster Gemeinderat in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen.

§ 5

Anregungen und Beschwerden

- (1) Werden Anregungen oder Beschwerden im Sinne des § 34 NKomVG von mehreren Personen bei der Gemeinde gemeinschaftlich eingereicht, so haben sie eine Person zu benennen, die sie gegenüber der Gemeinde vertritt. Bei mehr als fünf Antragstellerinnen oder Antragstellern können bis zu zwei Vertreterinnen oder Vertreter benannt werden.
- (2) Die Beratung kann zurückgestellt werden, solange den Anforderungen des Absatzes 1 nicht entsprochen ist.
- (3) Anregungen oder Beschwerden, die keine Angelegenheiten der Gemeinde Rastede zum Gegenstand haben, sind nach Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister ohne Beratung den Antragstellerinnen oder Antragstellern mit Begründung zurückzugeben. Dies gilt auch für Eingaben, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Absichten u.s.w.).
- (4) Anregungen oder Beschwerden, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen oder gegen die guten Sitten verstoßen, sind nach Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss ohne Beratung zurückzuweisen.
- (5) Die Beratung eines Antrages kann abgelehnt werden, wenn das Antragsbegehren Gegenstand eines noch nicht abgeschlossenen Rechtsbehelfs- oder Rechtsmittelverfahrens oder eines laufenden Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheides ist oder gegenüber bereits erledigten Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen enthält.
- (6) Die Erledigung der Anregungen oder Beschwerden wird dem Verwaltungsausschuss übertragen, sofern für die Angelegenheit nicht der Rat gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG ausschließlich zuständig ist. Der Rat und der Verwaltungsausschuss können Anregungen oder Beschwerden zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse überweisen.

§ 6

Verkündungen und öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen, Verordnungen, Genehmigungen von Flächennutzungsplänen sowie öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde werden im Internet unter der Adresse <http://www.rastede.de> verkündet bzw. bekannt gemacht. Auf die Bereitstellung im Internet und auf die Internetadresse ist in der Northwest-Zeitung, Ammerländer Nachrichtenteil, nachrichtlich hinzuweisen.
- (2) Ortsübliche Bekanntmachungen erfolgen im Internet unter der Adresse <http://www.rastede.de>.

§ 7
Einwohnerversammlungen

Bei Bedarf unterrichtet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Einwohnerinnen und Einwohner durch Einwohnerversammlungen für die ganze Gemeinde oder für Teile des Gemeindegebietes. Zeit, Ort und Gegenstand von Einwohnerversammlungen sind gemäß § 6 mindestens 7 Tage vor der Veranstaltung öffentlich bekannt zu machen.

§ 8
Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Gemeinde Rastede vom 05.11.2001, zuletzt geändert durch Satzung vom 14.12.2004, außer Kraft.

Rastede, den 06.12.2011

(GS)

gez. von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/169

freigegeben am 07.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 07.10.2011

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz wird für das Jahr 2012 nicht verändert. Er beträgt ab 2012 weiterhin 1,60 Euro pro laufende Meter.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt.

Ab 2012 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 liegen noch nicht vor, daher kann eine endgültige Kostenrechnung für diese Jahre noch nicht vorgelegt werden.

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind deshalb die Nachkalkulationen für 2009 bis 2011 auf der Basis von Ist-Zahlen, soweit sie vorhanden sind. Lediglich die Positionen „Regiekosten“ und die Abschreibungen für die „Öffentliche Toilette“ stehen endgültig noch nicht fest.

Die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2009 bis 2011 stellen sich wie folgt dar.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation - IST Betrag 2009	Nachkalkulation – IST Betrag 2010	Nachkalkulation 2011
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Stromkosten	1.206,50 €	1.291,37 €	1.300,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €	3.750,00 €	3.750,00 €
Kosten Verlegung Marktplatz	157,08 €	161,84 €	180,00 €
Bekanntmachungskosten	86,82 €	47,84 €	100,00 €
Regiekosten/ Umlage (Kalkulation)	9.706,15 €	9.958,40 €	10.894,68 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	4.812,86 €	4.859,65 €	5.100,00 €
Öffentliche Toilette (Kalkulation)	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
insgesamt:	20.721,21 €	21.070,90 €	22.326,48 €

Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Die Planungskosten wurden ab 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation nach verschiedenen aber festen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“.

Diese Kosten wurden nochmals für die Jahre 2009 bis 2011 nachkalkuliert. Tatsächliche Kosten liegen jedoch erst vor, wenn die „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die Produkte vorgenommen wurde.

Das Produkt „Öffentliche Toiletten“ (WC Marktplatz, WC Denkmalsplatz und WC Rennplatz) hat auch anteilige Regiekosten und Abschreibungen zu übernehmen. Da die Abschreibungen und Regiekosten noch nicht im „Ist“ gebucht wurden, stehen tatsächliche Kosten für 2009 und 2010 noch nicht zur Verfügung. Somit kann der Anteil, der nur die Toilette Marktplatz betrifft, noch nicht genau errechnet werden. Es wurde vorerst ein Betrag in Höhe von 1.000 € ab der Nachkalkulation 2009 zugrunde gelegt.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Nachkalkulation 2011
Benutzungsgebühren	16.081,20	16.448,00	16.300,00
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.185,40	2.339,12	2.300,00
insgesamt:	18.266,60	18.787,12	18.600,00

Bei den Gebühreneinnahmen und bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben der Jahre 2009 und 2010 in Höhe von insgesamt 18.266,60 € und 18.787,12 € handelt es sich um tatsächliche Erträge. Im Jahre 2010 sind die Erträge um 520,52 € gestiegen.

Grund für die Mehreinnahmen ist die höhere Auslastung des Marktplatzes durch weitere Marktstände. Sind mehr Marktstände vorhanden, dann wird auch mehr Strom verbraucht. Folglich haben sich auch die Erstattungen von Verwaltungsausgaben erhöht. In der Nachkalkulation für 2011 wurde mit Gesamteinnahmen in Höhe von 18.600 € kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

<u>Nachkalkulation</u> 2009	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	vorläufiges Jahresergebnis	Fortschreibung vorl. Ergebnis
	Kalkulation	46,84 %	20%	80%	
Kosten	20.721,21 €	9.706,15 €	4.144,24 €	16.576,97 €	
Einnahmen	18.266,60 €	0,00 €	0,00 €	18.266,60 €	
	-2.454,61 €	9.706,15 €	4.144,24 €	1.689,63 €	1.689,63 €

Bemerkung:

In der Nachkalkulation 2009 wurde ein Überschuss in Höhe von 1.689,63 € errechnet.
Die Berechnung der Regiekosten ab 2009 wurde auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt.

<u>Nachkalkulation</u> 2010	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	vorläufiges Jahresergebnis	Fortschreibung vorl. Ergebnis
	Kalkulation	47,26 %	20%	80%	
Kosten	21.070,90 €	9.958,40 €	4.214,18 €	16.856,72 €	
Einnahmen	18.787,12 €	0,00 €	0,00 €	18.787,12 €	
	-2.283,78 €	9.958,40 €	4.214,18 €	1.930,40 €	3.620,03 €

Bemerkung:

Abzüglich der 20%-igen öffentlichen Interessenquote ergibt sich noch ein kalkulierter Überschuss in Höhe von 1.930,40 €. Zuzüglich des Überschusses aus dem Jahre 2009 ergibt sich ein rechnerischer Gesamtüberschuss in Höhe von 3.620,03 €.

<u>Nachkalkulation</u> 2011	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	vorläufiges- Jahresergebnis	Fortschreibung vorl. Ergebnis
	Kalkulation	48,80 %	20%	80%	
Kosten	22.326,48 €	10.894,68 €	4.465,30 €	17.861,18 €	
Einnahmen	18.600,00 €	0,00 €	0,00 €	18.600,00 €	
	-3.726,48 €	10.894,68 €	4.465,30 €	738,82 €	4.358,84 €

Bemerkung:

Abzüglich der 20%-igen öffentlichen Interessenquote ergibt sich für 2011 ein kalkulierter Überschuss in Höhe von 738,82 €. Zuzüglich des Überschusses aus den Vorjahren 2009 und 2010 ergibt sich ein rechnerisch ermittelter Gesamtüberschuss in Höhe von 4.358,84 €.

In der Nachkalkulation für 2009 wurde unter Berücksichtigung der 20 %-igen öffentlichen Interessenquote ein Überschuss in Höhe von 1.689,63 €, für 2010 in Höhe von 1.930,40 und für 2011 in Höhe von 738,82 € errechnet. Somit ergibt sich bis Ende 2011 ein rechnerisch ermittelter Gesamtüberschuss in Höhe von 4.358,84 €.

Gebührenfestsetzung 2012

Da für die Gebührenfestsetzung 2012 die Nachkalkulationen 2009 bis 2011 Grundlage für die Gebührenfestsetzung sind und noch keine endgültigen Ergebnisse vorliegen, sollte der Gebührensatz für 2012 nicht verändert werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Gebührensatz von bisher 1,60 € pro laufenden Meter und die festgesetzte öffentliche Interessenquote in Höhe von 20 % im Hinblick auf die Attraktivität des in der Bevölkerung beliebten Wochenmarktes für das Jahr 2012 nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/170

freigegeben am 08.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 08.10.2011

Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung“ folgender Gebührensatz ab 2012 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 22,50 Euro pro Einheit.

Sach- und Rechtslage:

Für die Jahre 2009 und 2010 kann noch kein endgültiges Ergebnis der Kostenrechnung Straßeneinigung vorgelegt werden, weil die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 noch nicht vorliegen. Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind deshalb die Nachkalkulationen 2009 und 2010 auf der Basis von Ist-Zahlen, soweit sie vorhanden sind.

Die tatsächlichen Regiekosten stehen erst fest, wenn im Rahmen des Jahresabschlusses eine „Ist-Verteilung“ von den Regieprodukten zu den einzelnen Produkten - wie Straßenreinigung - vorgenommen wurde.

Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2009 bis 2011 besser vergleichen zu können, wurden sie in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt.

Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2012 wurden auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfes 2012 berücksichtigt.

Kostenpositionen**Nachk. 2009 Nachk. 2010 Nachk. 2011 Planung 2012**

Reinigungskosten Fremdfirma	48.904,46 €	46.157,05 €	50.000,00 €	48.000,00 €
Straßeneinlaufschächte	2.856,74 €	5.713,49 €	5.713,49 €	5.713,49 €
Rad-/Gehweg-/punktuelle Reinigung Bauhof	0,00 €	0,00 €	1.500,00 €	2.500,00 €
Deponiekosten	1.994,14 €	2.000,00 €	45.000,00 €	45.000,00 €
Personalkosten	6.278,97 €	6.191,53 €	7.100,00 €	7.250,00 €
Regiekosten	9.317,90 €	9.560,06 €	11.100,00 €	12.000,00 €
Gesamtausgaben	69.352,21 €	69.622,13 €	120.413,49 €	120.463,49 €

Die Reinigungskosten der Fremdfirma sind im Jahre 2010 etwas geringer ausgefallen als im Jahre 2009. Dies ist dadurch begründet, dass Reinigungsleistungen nur teilweise in Anspruch genommen werden mussten.

Im Jahre 2009 wurden die Straßeneinlaufschächte tatsächlich nur einmal, im Jahr 2010 dagegen zweimal gereinigt. Es hat sich herausgestellt, dass es unerlässlich ist, zweimal im Jahr eine Reinigung der Straßeneinlaufschächte vorzunehmen. Aus diesem Grunde wurden in der Nachkalkulation 2011 und in der Kalkulation für 2012 die Kosten für zwei Reinigungsvorgänge zugrunde gelegt.

Bei der punktuellen Reinigung sowie der Rad- und Gehwegreinigung sind in 2009 und 2010 keine Kosten separat erfasst worden. Für die Folgejahre wurden Haushaltsmittel eingeplant, weil punktuelle Reinigungen sowie Rad- und Gehwegreinigung anfallen und diese zur Einrichtung Straßenreinigung gehören.

Die Deponiekosten sind ab dem Jahre 2010 erheblich gestiegen. Hierfür zeichnen, wie auch bereits an anderer Stelle im Rahmen der politischen Gremien erläutert, zwei Komponenten verantwortlich. Bislang konnte das Kehrgut durchgesiebt und das Laub auf landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgebracht werden. Die Kosten hierfür beliefen sich auf ca. 2.000 € jährlich.

Zwischenzeitlich wurde festgestellt, dass aufgrund der Kontamination des Straßenkehrichts eine Verwendung des Sand-/Erdanteils beispielsweise zur Befestigung der Straßenbermen nicht mehr zulässig ist und dass aufgrund der Änderung der sogenannten Düngemittelverordnung ein Aufbringen des Laubanteiles auf landwirtschaftliche Flächen durch landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr gewünscht wird.

Im Jahre 2010 sind infolge dessen Kosten für die Komplettdéponierung in Höhe von insgesamt 23.485 € angefallen. Die 2010 wegen der Komplettdéponierung gestiegenen Deponiekosten durften in der Nachkalkulation 2010 allerdings nicht berücksichtigt werden, weil diese Kosten bei der Gebührensatzfestsetzung nicht absehbar und damit nicht kalkulierbar waren.

Auch einem Jahr 2010 eingeholtes Gutachten, welches im Hinblick auf die Steigerung der Kosten nochmals eingeholt worden war, hat nicht zu einer Veränderung der Beurteilung der Sach- und Rechtsgrundlage geführt. Sämtlicher Straßenkehricht ist danach zu entsorgen. Durch die häufigen und zudem weiten Entsorgungsfahrten für das Kehrgut fallen hohe Transportkosten an. Außerdem ist für jede Anlieferung von Kehrgut eine Gebühr für die Entsorgung zu entrichten. Diese Gesamtkosten (Fahrtkosten und Deponiekosten) wurden für das Jahr 2011 auf 16.000 € geschätzt, was sich allerdings im Nachhinein als unzutreffend erwiesen hat. Die Verwaltung war davon ausgegangen, dass eine Zwischenlagerung des Straßenkehrichts beispielsweise auf dem Gelände des Bauhofes möglich sein könnte.

Allerdings hat sich herausgestellt, dass die durch die Lagerung und die Verrottung des Materials auftretenden Sickersäfte bodenverunreinigenden Charakter haben, der nur durch kostenintensive Vorsorgeaufwendungen hätte verringert werden können, die in keinem Verhältnis zu den jährlichen Mehraufwendungen stehen.

2011 werden diese kalkulierten Kosten ca. 45.000 € betragen. Daher wurde auch in der Gebührenberechnung für 2012 mit diesem Ausgabevolumen gerechnet.

Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Verwaltung sind die Tarifvereinbarungen, die eine Anhebung der Personalkosten 2008 bis 2011 vorsehen. Ab 2012 wurde auch eine geringfügige Lohn- und Gehaltskostensteigerung eingeplant.

Mit Einführung der Doppik wurde die Regiekostenberechnung auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt. Bei den Beträgen in Höhe von 9.317,90 € und 9.560,06 € handelt es sich nur um für 2009 und 2010 nachkalkulierte Beträge, weil für 2009 und 2010 noch keine Abschreibungen gebucht worden sind. Solange die Abschreibungen nicht gebucht wurden, stehen die Produktkosten noch nicht fest und eine „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die entsprechenden Produkte ist demzufolge noch nicht möglich.

Allgemeinkostenanteil

	Nachk. 2009	Nachk. 2010	Nachk. 2011	Gebühr 2012
Gesamtkosten	69.352,21 €	69.622,13 €	120.413,49 €	120.463,49 €
- ohne Anlieger (15 %)	10.402,83 €	10.443,32 €	18.062,02 €	18.069,52 €
- Allgemeininteresse (10 %)	6.935,22 €	6.962,21 €	12.041,35 €	12.046,35 €
gebührenrelevante Kosten	52.014,16 €	52.216,60 €	90.310,12 €	90.347,62 €

Der Abzug in Höhe von insgesamt 25 % der Gesamtkosten basiert auf der Rechtsprechung. An den Prozentsätzen in Höhe von 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen, sowie Straßenkreuzungen und –einmündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) haben sich keine Änderungen ergeben.

Kalkulation der Gebühr 2012

Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsgebühr ist die Straßenreinigungsgebührensatzung, die eine Straßenfrontlänge von jeweils 35m als Einheit zum Inhalt hat. Der Gebührensatz für eine Gebühreneinheit beträgt z.Zt. 16,50 Euro.

	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Nachkalk. 2011	Gebühr 2012
Gebührensatz	11,80 €	13,50 €	16,50 €	22,50 €
Gebührenaufkommen	47.405,48 €	54.292,37 €	66.259,05 €	90.353,25 €
Gebührenrelevante Kosten	52.014,16 €	52.216,60 €	90.310,12 €	90.347,62 €
Überschuss/Defizit:	-4.608,68 €	2.075,77 €	-24.051,07 €	5,63 €
Überschuss/Defizit des Vorjahres	13.582,55 €	8.973,87 €	11.049,64 €	-13.001,43 €
Fortschreibung Überschuss/Defizit	8.973,87 €	11.049,64 €	-13.001,43 €	-12.995,80 €

Unter Einbeziehung des vorgenannten rechnerisch nachkalkulierten Defizits zum 31.12.2011 betragen die gebührenrelevanten Kosten in der Gebührenberechnung 2012 insgesamt 103.349,04 €.

Um diese gebührenrelevanten Kosten zu decken, würde eine Gebühr von 25,74 € (Komplettabbau des Defizits) ausreichend sein. Ohne Berücksichtigung des kalkulierten Defizits betragen die gebührenrelevanten Kosten insgesamt 90.347,62 € und der Gebührensatz müsste 22,50 € betragen.

Da die Regiekosten ab 2009 in tatsächlicher Höhe noch nicht feststehen und ab 2011 die voraussichtlichen Deponiekosten schwer zu kalkulieren sind, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, den Gebührensatz für die Straßenreinigungsgebühr für das Haushaltsjahr 2012 auf 22,50 € festzusetzen. Es wird sich erst nach Aufstellung der Ergebnisse der Jahre 2009 bis 2012 zeigen, wie ein Defizitabbau über die kommenden Jahre möglich sein wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/172

freigegeben am 12.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 12.10.2011

Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2012 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 63,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 52,50 € |

Sach- und Rechtslage:

Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2012 stehen die Nachkalkulationen 2009 und 2010 zur Verfügung. Für diese Jahre wurden Ist-Zahlen zugrunde gelegt, soweit sie vorhanden sind. In der Nachkalkulation für 2011 wurden die Planzahlen nachkalkuliert. Die endgültigen Kostenrechnungen 2009 und 2010 können noch nicht vorgestellt werden, da erst im Oktober 2011 die erste Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 beschlossen wurde und somit die Ergebnisse der Jahresabschlüsse noch nicht vorliegen.

1. Zentrale Abwasserbeseitigung

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, sachlicher Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt:

Schmutzwasser in Euro

	2009 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2010 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2011 Nachkalkulation der Plankosten
Erträge	2.075.236,67	2.135.706,62	2.108.983,13
Sächl. Betriebsaufwand	868.086,75	898.261,54	1.037.599,72
Abschreibungen	641.310,87	637.192,00	627.101,00
Kalk. Zinsen	520.130,22	487.066,93	508.638,96
Aufwendungen	2.029.527,84	2.022.520,47	2.173.339,68
Saldo	+45.708,83	+113.186,15	-64.356,55

Bei den Nachkalkulationen 2009 und 2010 handelt es sich bis auf drei Positionen um tatsächlich entstandene Aufwendungen: Die Höhe der Aufwendungen der Positionen „Regiekosten“ (im sachlichen Betriebsaufwand enthalten), die „Abschreibungen“ und die „Kalkulatorischen Zinsen“ stehen noch nicht fest. Bei der Nachkalkulation für 2011 wurden die Planungskosten auf der Grundlage der Nachkalkulationen 2009 und 2010 überprüft.

Erträge

Die Abwassergebühr für die zentrale Abwasserbeseitigung wurde im Jahre 2009 von 2,60 € auf 2,55 € gesenkt, um den kumulierten Überschuss aus Vorjahren in Höhe von insgesamt 586.547,31 € zu verringern. Die Abwassermenge für das Jahr 2009 mit 821.136 cbm (2008 = 819.308 cbm) steht fest, für das Jahr 2010 liegt eine Mengen-Hochrechnung vom OOWV vor. Zuzüglich der durch die Gemeinde Rastede selbst abzurechnenden Abwassermenge beträgt die Gesamtabwassermenge ca. 823.000 cbm. Bei einer durchschnittlichen Abwassermenge in Höhe von 820.000 cbm multipliziert mit dem Gebührensatz von 2,55 € ergibt sich ein durchschnittliches Gebührenaufkommen von 2.091.000 €.

Unabhängig vom Gebührensatz schwanken die Gebühreneinnahmen von Jahr zu Jahr. Das liegt darin begründet, dass sich die Jahreseinnahmen aus Vorausleistungen und Nachforderungen bzw. Erstattungen für das Vorjahr zusammensetzen.

Sachlicher Betriebsaufwand

Es handelt sich bei dem sachlichen Betriebsaufwand der Jahre 2009 und 2010 - bis auf die Regiekosten - um Ist-Beträge. Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Die Planungskosten wurden ab 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation nach verschiedenen aber festen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „zentrale Abwasserbeseitigung“. Diese Kosten wurden nochmals für die Jahre 2009 bis 2011 nachkalkuliert. Die berücksichtigten Regiekosten betragen pro Jahr:

2009	2010	2011
55.700,57 €	54.429,11 €	62.639,72 €

Tatsächliche Regiekosten liegen erst vor, wenn die „Ist-Verteilung“ dieser Kostenart auf die Produkte vorgenommen wurde. Diese so genannte „Ist-Verteilung“ auf die einzelnen Produkte kann erst vorgenommen werden, wenn alle Abschreibungen des einzelnen Jahres gebucht wurden.

Das Gesamtvolumen der sachlichen Betriebskosten hat sich von 2009 auf 2010 von 868.086,75 € um 30.174,79 € auf 898.261,54 € erhöht. Ob die im Haushalt geplanten Kosten in der Nachkalkulation für 2011 in Höhe von 1.037.599,72 € tatsächlich anfallen werden, bleibt abzuwarten.

Abschreibungen

Die Abschreibungen und die kalkulatorischen Kosten haben einen großen Anteil an den Aufwendungen der zentralen Abwasserbeseitigung für Schmutzwasser. Bis zum 01.01.2009 wurden alle Anlagegüter im Bereich Schmutzwasser für die Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz übernommen. Für die Folgejahre stehen diese Arbeiten noch aus.

Die Abschreibungen wurden in den Nachkalkulationen ab 2009 auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse nachkalkuliert.

Kalkulatorische Zinsen

Anhand der Restbuchwerte einschließlich der finanzierten neuen Maßnahmen und unter Berücksichtigung des Abzugskapitals (Beitrags- und Zuschusszahlungen, die vom gesamten Restbuchwert abgezogen werden) wurden die kalkulatorischen Zinsen berechnet; im Übrigen gelten die Ausführungen zu den Abschreibungen entsprechend.

Gebührensanschlag

Obwohl der Gebührensatz ab 2009 um 5 Cent gesenkt wurde, weist die Nachkalkulation 2009 und 2010 einen Überschuss in Höhe von 45.708,83 und 113.186,15 € aus. In der Nachkalkulation für 2011 wird allerdings ein Defizit in Höhe von 64.356,55 € nachgewiesen. Erst die endgültigen Ergebnisse der Jahre 2009 bis 2010 werden zeigen, ob der Gebührensatz in Höhe von 2,55 € pro cbm ausreicht, den fortgeschriebenen Gesamtüberschuss abzubauen.

Entwicklung des Überschusses/Defizits

Jahr	Fortschreibung	jährliche Entwicklung
bis 31.12.08	586.547,31	173.695,50
bis 31.12.09	632.256,14	45.708,83
bis 31.12.10	745.442,29	113.186,15
bis 31.12.11	681.085,74	-64.356,55

Die Verwaltung schlägt vor, die tatsächlichen Ergebnisse 2009 bis 2011 abzuwarten und den Gebührensatz in Höhe von 2,55 € für das Haushaltsjahr 2012 nicht zu ändern.

2. Dezentrale Abwasserbeseitigung

Abfuhrmengen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Abfuhrmengen bis zum Jahre 2011 aufgeführt. Bis zum Jahre 2010 handelt es sich um tatsächliche Abfuhrmengen. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine Abfuhr aus den Hauskläranlagen veranlasst wird, wenn die Wartungsfirma laut Wartungsprotokoll eine Abfuhr des Klärschlammes für notwendig hält (bedarfsgerechte Abfuhr). Für 2011 wurde mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 600 cbm gerechnet. Theoretisch wäre als Kalkulationsmenge auch die rechnerische Mittlung der jährlichen Mengen möglich, das aber würde die jährlich nach oben und unten wechselnden Mengen nicht berücksichtigen.

2007	2008	2009	2010	2011
693	753	503	758	600

Aufwendungen und Erträge:

Dezentrale Abwasserbeseitigung	2009 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2010 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2011 Nachkalkulation der Plankosten
Erträge	26.983,25 €	40.944,75 €	36.540,00 €
Aufwendungen	26.480,89 €	35.822,04 €	35.678,59 €
Saldo	+502,36 €	+5.122,71 €,	+861,41 €

Bedingt durch die geringere Abfuhrmenge sind die Erträge und Aufwendungen im Jahre 2009 niedriger als im Jahre 2010. Bei den Erträgen der Jahre 2009 und 2010 handelt es sich um tatsächliche Beträge. Die Aufwendungen können sich dagegen noch geringfügig ändern, weil für die Berechnung der Reinigung des Klärschlammes im Klärwerk die „Kosten des Klärwerkes im dezentralen Abwasserbereich“ noch nicht endgültig feststehen.

Bei der Nachkalkulation 2011 ein vergleichbares Ausgabenvolumen zugrunde gelegt wie im Jahre 2010. Dem gegenüber stehen Gebühreneinnahmen in Höhe von 36.540 €. Die Gebühreneinnahmen fallen geringer aus als im Jahre 2010, weil für 2011 mit einer geringeren Abfuhrmenge kalkuliert wurde.

Regiekosten wurden bislang bei der Berechnung der Gebührensätze nicht mit einberechnet. Das liegt daran, dass der Bereich Abwasser bisher in der Gesamtheit betrachtet und die Regiekosten lediglich bei der zentralen Einrichtung berücksichtigt wurden. Das ist für die Zukunft zu verändern.

Entwicklung des Defizits/Überschuss bis zum 31.12.2011:

2006	2007	2008	2009	2010	2011
-19.629,88	-13.120,13	-5.067,94	-4.565,58	+557,13	+1.418,54

Rein rechnerisch entwickelt sich das Defizit in den Nachkalkulationen 2009 bis zum 31.12.2011 zu einem Überschuss in Höhe von 1.418,54 €.

Aufstellung der Gebühren, zukünftige Berücksichtigung von Regiekosten

Die Regiekosten werden ab dem Jahre 2012 sukzessiv Berücksichtigung finden. Für 2011 wurden Regiekosten in Höhe von 13.072,20 € kalkuliert. Es wird davon ausgegangen, dass auch für die Gebührenrechnung 2012 dieser Betrag zugrunde gelegt werden kann.

denkbare Einführungsquoten in Prozent	Belastung in 2011
100%	13.072,20 €
Jedes Jahr plus 20%	2.614,44 €
Jedes Jahr plus 25%	3.268,05 €
Jedes Jahr plus 30%	3.921,66 €

Es ist vorgesehen, Regiekosten ab 2012 jährlich mit jeweils zusätzlich 20 Prozent zu berücksichtigen, bis einhundert Prozent erreicht sind. Dies erlaubt die sachgerechte Anpassung an die tatsächliche Gebühr unter Berücksichtigung sonstiger Kostenentwicklungen.

Die Verwaltung schlägt aus diesen Gründen vor, die Gebührensätze der dezentralen Abwasserbeseitigung ab 2012 wie im letzten Jahr zu beschließen:

- 63,00 € pro cbm für Hauskläranlagen und
- 52,50 € pro cbm für abflusslose Gruben

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/173

freigegeben am 12.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 12.10.2011

Gebührensatzsatzung 2012 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2011/173 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen 2011/170 - Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ und 2011/172 - Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Gebührensatzsatzung 2012

**Satzung
über die Festsetzung der Gebührensätze 2012 für
die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von
Abwasser und die
öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
der Gemeinde Rastede**

Aufgrund der §§ 10 und 110 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576)

§ 96 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. Nr. 5/2010 S. 64), geändert durch VO am 22. Juni 2010 (Nds. GVBl. 17/2010 S. 258) und Art. 6 des Haushaltsbegleitgesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. Nr. 32/2010 Seite 631)

§ 2 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede

und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl., Seite 41), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds. GVBl., Seite 191)

hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 06.12.2011 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt ab 2012 je cbm Abwasser 2,55 €.

§ 2

Gebührensätze für die dezentrale Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt ab 2012 für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers /
Fäkalschlamms 63,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers /
Fäkalschlamms 52,50 €

§ 3

Gebührensätze für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Straßenreinigung

Der Gebührensatz beträgt für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung ab 2012 jährlich 22,50 €.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2012 in Kraft.

Rastede, den 06.12.2011

von Essen
- Bürgermeister -

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/213

freigegeben am 23.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 23.11.2011

Neuabschluss Konzessionsvertrag; Entwicklung der Ziele

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

A) Für den Fall einer weiteren Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wiefelstede wird

1. der dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegte Errichtungsvertrag zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts sowie
2. der Satzungsentwurf gemäß Anlage 2 zu dieser Vorlage

beschlossen unter Berücksichtigung der bisherigen Arbeitsergebnisse der Anstalt öffentlichen Rechts in Gründung (AöR) bezüglich des Ausschreibungsverbandes Ammerland sowie der entsprechenden Beschlüsse der politischen Gremien mit dem Ziel der Herbeiführung eines

1. Beteiligungsmodells und
2. mit dem Ziel des Abschlusses eines Konzessionsvertrages mindestens für das Teilnetz Strom, optional Gas.

Die bislang neben dem Bürgermeister in den Verwaltungsrat der AöR berufene Frau Susanne Lamers wird in der vorgesehenen Position bestätigt.

Soweit bis zum 20.12.2011 keine Entscheidung der Gemeinde Wiefelstede bezüglich der Teilnahme an der AöR getroffen worden ist, wird die Gemeinde Rastede allein das Interessenbekundungsverfahren mit der beschlossenen Zielsetzung aufnehmen.

B) Unabhängig von einer Beteiligung der Gemeinde Wiefelstede an einer AöR werden bestätigt

1. die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens wie in der Anlage 3 skizziert unter Beachtung der dort aufgeführten Ziele,
2. die Entkopplung des Haupt- und des Nebenangebotes in Bezug auf Konzession und Beteiligung,
3. das Vorgeben von Muster-Konzessionsverträgen gem. Anlagen 4 - 9.

Sach- und Rechtslage:

1. Der bisherige Sachverhalt ergibt sich aus den Vorlagen 2009/193, 2010/024, 2010/113, 2010/116, 2010/181, 2010/181A, 2010/206, 2010/206A, 2011/020, 2011/075, 2011/109, 2011/109A, 2011/109B, 2011/110, 2011/167.
2. Auf der Grundlage der zuletzt gefassten Beschlüsse hat am 17.10.2011 ein abschließendes Gespräch mit den noch verbleibenden Gemeinden Apen, Edewecht, Wiefelstede und Rastede stattgefunden, in dem noch einmal die Positionen hinsichtlich der Gründung einer AöR für Teilbereiche des Kreisgebiets erörtert worden sind. Dabei hat sich ergeben, dass die Gemeinden Apen und Edewecht aufgrund aufgezeigter finanzieller Rahmenbedingungen nicht in der AöR weiter kooperieren werden. Vielmehr werden sich jetzt voraussichtlich die Gemeinden Edewecht, Apen, Bad Zwischenahn und Westerstede in einem Ausschreibungsverband zusammenschließen, der ausschließlich auf den Abschluss eines Konzessionsvertrages ausgerichtet sein wird.

Die Gemeinde Wiefelstede hat zwischenzeitlich erklärt, dass sie auch weiterhin am Ausschreibungsverband mit der Gemeinde Rastede festhalten wolle, wobei Rastede unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass im Hinblick auf die bislang verstrichene Zeit bei gleichzeitig konkret fehlenden Ergebnissen die Interessenslage Rastedes besonders zu berücksichtigen ist.

Insofern scheint es zwar eine Kongruenz in Bezug auf das Beteiligungsmodell und des Vergabeverfahrens für die Konzessionsverträge zu geben; ob inwieweit weitere Geschäftsfelder - zunächst nur im Rahmen des Satzungsentwurfes der AöR angedeutet - ausgedehnt werden kann, bleibt abzuwarten. Insoweit zielt die Beschlusslage darauf ab, Wiefelstede als gewollten Partner zwar einbinden zu können, aber nicht in jedem Falle einbinden zu müssen.

Wenn und soweit bis zum 20.12.2011 keine verbindlichen Ergebnisse vorliegen, wird das Verfahren ausschließlich in Bezug auf die Gemeinde Rastede durchgeführt werden.

3. Die im Satzungsentwurf für die AöR insoweit für eine Zusammenarbeit festgelegten Regeln und Absichten gelten entsprechend fort, wie es der Beschlusslage der politischen Gremien bis zum Sommer 2011 entspricht. Der Satzungsentwurf unterscheidet sich selbstverständlich dadurch, dass die Anzahl der Teilnehmer reduziert ist und dass die mögliche Erweiterung der Geschäftsfelder angesprochen wird.

Für den Fall der Gründung der AöR soll neben dem Bürgermeister ein weiteres Mitglied für den sogenannten Verwaltungsrat benannt werden. In der bisherigen Entscheidungsfindung des Rates wurde hierfür Frau Susanne Lamers gewählt. Eine tatsächliche Ausführung des Amtes hat es jedoch nie gegeben, da die AöR bekanntlich nicht errichtet wurde. Aufgrund der bisherigen Arbeit und der damit verbundenen Kenntnisse der Sachlage wird vorgeschlagen, eine Bestätigung der bisherigen Wahl zu treffen.

4. Die Festlegung der Wertungskriterien für die Durchführung des Verfahrens bleibt auch unter Berücksichtigung der Überlegungen zur Erweiterung des Geschäftsfeldes unangetastet in Bezug auf die Beschlussfassung des Rates vom 13.12.2010 - vgl. Vorlage 2010/181A.

Dieser Vorschlag begründet sich auf folgende Überlegung: Von Anfang an war es die Zielsetzung der Gemeinde gewesen, im Rahmen der Vergabe der Konzessionsverträge für Strom und Gas eine Verbesserung zu erzielen

- a) in Bezug auf die Regelungen des Konzessionsvertrages,
- b) in finanzieller Hinsicht in Bezug auf ein Beteiligungsmodell und
- c) bezüglich der Mitsprache bei der Gestaltung der Energienetze und des Netzumfeldes.

Unabhängig von den zuletzt genannten Vorstellungen, gegebenenfalls sogar der Erweiterung um die Einbeziehung weiterer Geschäftsfelder, muss es primäre Aufgabenstellung der Gemeinde sein, die Aufgabe der Konzessionsvergabe zu lösen.

Die Verwaltung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass durch eine Vielzahl von Verfahren zur Vergabe der Konzessionen die rechtsrelevanten Vorab einschätzungen insbesondere der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamtes weiter entwickelt worden sind. Ein hierzu verfasster Leitfaden aus dem Jahre 2010 ist der Vorlage als Anlage 10 beigelegt. Darüber hinaus hat sich eine Reihe von Landeskartellbehörden geäußert, wobei die Meinungen durchaus unterschiedlich sind und sich bislang eine eindeutige Rechtsmeinung zu keinem strittigen Verfahrenspunkt ergeben hat. Auch Rechtssprechung zu diesem Thema liegt bislang nur in sehr wenigen Teilbereichen vor.

Dieser Überlegung folgend wird deshalb die Vergabe der Konzessionsverträge als Pflichtbestandteil und damit auch das „Leitverfahren“ angesehen. Würde nämlich das Beteiligungsmodell in den Vordergrund gestellt werden, müsste nach den derzeitigen Festlegungen zunächst das Beteiligungsmodell ausgeschrieben und auch vergeben werden, bevor es zu einer Ausschreibung und Vergabe des(r) Konzessionsvertrages(-verträge) kommen kann. Dies würde im ungünstigsten Fall aber dazu führen können, dass Beteiligungspartner einerseits und Konzessionsnehmer andererseits auseinanderfallen können verbunden mit dem Ergebnis, dass die Gemeinde Rastede dann zwangsläufig in Beteiligungsmodellen wirken müsste, ohne über das Grundelement der Netze überhaupt zu verfügen. Dies wäre zwar möglich, war bislang aber nicht Gegenstand der Überlegungen.

Dies bedeutet in der Konsequenz:

- Die Konzessionsverträge werden als Hauptangebot nachgefragt;
- Die Beteiligungslösung wird nur als ein mögliches Nebenangebot abgefragt;
- Es besteht keine Verpflichtung für den Anbieter, eine Beteiligungslösung überhaupt anzubieten.

Es kann deshalb auch passieren, dass am Ende dieses Verfahrens „nur“ der Abschluss eines reinen Konzessionsvertrages steht. Dieser Konzessionsvertrag wird allerdings immer die Mindestanforderungen der Kommune absichern. Als Beispiel wären hier insbesondere die höchstzulässige Konzessionsabgabe und der höchstmögliche Gemeinderabatt zu nennen. Außerdem wären die Vertragsmuster von vorneherein kommunalfreundlich ausgestaltet.

Für den Konzessionsvertrag dürfen nur netzbezogene Auswahlkriterien verwendet werden. § 1 des Energiewirtschaftsgesetzes legt fest, dass Zweck des Energiewirtschaftsrechts eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas ist.

Vor diesem Hintergrund wären folgende Zuschlagskriterien sozusagen der bisherigen Wertungsreihenfolge, die mit Beschluss des Rates vom 13.12.2010 festgelegt wurde, vorgeschaltet:

- a) Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
- b) Qualität der Leistungserbringung
- c) Zukunftsfähiges Standortkonzept und Bürgerfreundlichkeit.

Dieselben Zuschlagskriterien müssen auch zur Bewertung der Nebenangebote herangezogen werden. Die Bewertungskriterien wurden so angepasst, dass sie den neuen Anforderungen des Bundeskartellamtes Rechnung tragen.

Der Vorteil dieses Verfahrens ist, dass ein einheitliches Verfahren zur Vergabe des Konzessionsvertrages unter Beteiligungslösung durchgeführt werden kann, während dies im anderen Fall auf zwei Verfahren aufzuteilen wäre. Eine gemeinsam gegründete Gesellschaft erhält, wenn die Beteiligungslösung das beste Angebot ist, mit Zustimmung der Gemeinde die Erfüllung des(r) Konzessionsvertrags(-verträge). Das wäre, wie zuvor angedeutet, im anderen Verfahren nicht automatisch der Fall.

Unabhängig von Konzessionsvergabe und Beteiligungsmöglichkeit kann sich die Gemeinde von Bietern anbieten lassen, dass diese nach Abschluss des Verfahrens auch offen dafür sind, weitere Geschäftsmodelle für eine Vertriebs- und/oder Erzeugungstätigkeit in der gemeinsamen Gesellschaft zu verwirklichen.

Konkrete Angebote zum Aufbau eines Vertriebs oder zur Erzeugung dürfen aber jetzt nicht nachgefragt oder gar gewertet werden. Dies ist aus Sicht der Verwaltung auch deshalb unschädlich, weil gerade die letztgenannten Bereiche nicht primäre Zielsetzung der Gemeinde gewesen sind. Dies bedeutet allerdings auch, dass die finanziellen Chancen voraussichtlich nicht besser sein werden, als dies bei anderen Varianten der Fall wäre.

5. Mit einer Bekanntmachung zum Ausschreibungsverfahren wird zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Eine weitere Reduzierung der Teilnehmer in der sogenannten Dialogphase zur Verhandlung einer Beteiligungslösung wäre möglich und wird im Hinblick auf den organisatorischen Aufwand auch zu gegebener Zeit vorgeschlagen werden. In Bezug auf die Entkopplung von Haupt- und Nebenangebot wird folgendes Verfahren festgelegt:

Es wird zunächst ein Hauptangebot abgegeben auf der Basis eines Musterkonzessionsvertrages, jeweils für Strom und Gas mit denkbaren Alternativpositionen. Daneben kann als Nebenangebot 1 ein Musterkonzessionsvertrag jeweils für Strom und Gas mit Alternativpositionen und zusätzlichen Klauselvorschlägen und / oder einer Beteiligungslösung abgegeben werden.

Ein weiteres Nebenangebot 2 kann abgegeben werden ebenfalls auf der Basis der Musterkonzessionsverträge Strom und Gas unter der Bedingung, dass der Zuschlag für eine Beteiligungslösung erteilt wird.

Dabei wird eine Bepunktung von Nebenangebot 1 und 2 identisch sein. Das heißt, Bieter, die keine Beteiligungslösung anbieten, können gegebenenfalls mit einem hervorragenden Konzessionsvertrag und sonstigen Einflussnahmemöglichkeiten für die Kommune ebenfalls eine Chance auf den Abschluss eines reinen Konzessionsvertrages haben. Damit wird insbesondere der Rechtsauffassung des Bundeskartellamtes Rechnung getragen.

Die Bieter, die eine Beteiligungslösung anbieten, müssen auch einen guten, das heißt kommunalfreundlichen Konzessionsvertrag anbieten, um den Zuschlag erhalten zu können. Bei der Bepunktung muss darauf geachtet werden, dass es der Kommune neben der Beteiligung auch um einen guten Konzessionsvertrag geht.

Die Bieter, die ein Angebot für das Hauptangebot oder Nebenangebot abgeben, verpflichten sich zum Abschluss des Konzessionsvertrages, auch wenn die Beteiligungslösung - sofern angeboten - nicht angenommen wird.

Dem gegenüber gibt der Bieter für den Abschluss eines Konzessionsvertrages zum Nebenangebot 2 nur unter der Bedingung ab, dass er den Zuschlag auch für die Beteiligungslösung erhält. Ist der Bieter zum Nebenangebot 2 zwar Bestbieter des Konzessionsvertrages, wird aber seine Beteiligungslösung nicht als gleichwertig zum Hauptangebot gewertet, oder ergibt die Verhandlung, dass das Angebot nicht wirtschaftlich ist, so fällt das Nebenangebot 2 des Bieters insgesamt - und somit auch der Konzessionsvertrag - weg.

6. In Bezug auf den Zeitablauf ist vorgesehen, das Interessenbekundungsverfahren jetzt voraussichtlich am 01.02.2012 zu starten. Dieser Zeitraum ist einerseits dafür vorgesehen, dass notwendige Anzeigeverfahren bei einer möglichen Gründung der AöR beim Landkreis Ammerland durchführen zu können und wird im Übrigen für die Vorbereitung der Angebotsunterlagen genutzt.

Bereits jetzt ist darauf hinzuweisen, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aufgrund des verstrichenen Zeitraums ein Abschluss eines Vertrags nicht mehr in 2012 zu erwarten steht und damit die Nachlauffrist des Energiewirtschaftsrechtes zum Tragen kommt. Für die Gemeinde ergeben sich daraufhin zunächst keine Auswirkungen, da nach den Regularien des Energiewirtschaftsrechtes auch in dem sogenannten Nachlaufjahr die volle Konzessionsabgabe zu zahlen ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Gesamtverfahrens können sich je nach Ausgestaltung und Verhandlungsumfang auf bis zu 80.000 € belaufen, die unter Berücksichtigung nicht verausgabter Haushaltsreste aus dem Jahr 2011 auch in 2012 im Haushaltsplan zur Verfügung stehen.

Die Aufwendungen für die mögliche Stammeinlage waren bereits in 2011 vorgesehen und werden als Haushaltsrest insoweit übernommen in das Jahr 2012.

Eine mögliche Beteiligungseinlage wird frühestens mit Abschluss des Verfahrens, voraussichtlich erst in 2013, zur Verfügung stehen müssen.

Anlagen:

1. Errichtungsvertrag
2. Satzungsentwurf
3. Übersicht zum voraussichtlichen Verfahren
4. - 9. Muster-Konzessionsverträge
10. Leitfaden des Bundeskartellamtes und der Bundesnetzagentur

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

über die Errichtung der gemeinsamen kommunalen Anstalt

„Ausschreibungsverbund Ammerland“

Auf Grundlage der §§ 1 und 3 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 63), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.10.2011 (Nds. GVBl. S. 353), errichten

- die Gemeinde Rastede
- die Gemeinde Wiefelstede

- im Folgenden „Anstaltsträger“ genannt -

mit der vorliegenden Vereinbarung die

Gemeinsame kommunale Anstalt „Ausschreibungsverbund Ammerland“.

§ 1 Aufgaben

Die gemeinsame kommunale Anstalt dient dem öffentlichen Zweck der Bündelung von Ausschreibungsverfahren gemeindlicher Konzessionsverträge sowie der Versorgungssicherung der Anstaltsträger mit Energie.

Die Anstalt unterstützt die Anstaltsträger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und übernimmt für diese die Ausschreibung der zum 31.12.2012 auslaufenden Strom- und Gas-Konzessionsverträge für eine Laufzeit von 20 Jahren. Gleichzeitig dient die Anstalt als mögliche Holding für eine im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens erzielte Beteiligungslösung mit einem Konzessionsnehmer und beteiligt sich für die Anstaltsträger an einer zu gründenden gemeinsamen Gesellschaft.

§ 2 Satzung

Für die gemeinsame kommunale Anstalt gilt die dieser Vereinbarung als deren Anlage beigefügte Satzung, welche die Anstaltsträger gemäß § 3 Abs. 3 NKomZG mit dem von ihren Hauptorganen beschlossenen Inhalt zu diesem Vertrag festgelegt haben.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung und die ihr anliegende Anstaltssatzung treten an dem Tag in Kraft, welcher auf den Tag folgt, an welchem der letzte Anstaltsträger diese Vereinbarung nebst Satzung nach den für den Anstaltsträger jeweils geltenden Regeln für die Bekanntmachung eigener Satzungen öffentlich bekannt gemacht hat.

Rastede, den _____

Wiefelstede, den _____

Gemeinde Rastede
Bürgermeister

Gemeinde Wiefelstede
Bürgermeister



Leitfaden
der Regulierungsbehörden
zu Inhalt und Struktur von Anträgen auf
Neufestlegung der kalenderjährlichen
Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV

INHALTSVERZECHNIS

Einleitung	4
1. Abgrenzung: Netzübergang und Vollnetzübergang	6
2. Zuständigkeit	7
3. Antrag	8
3.1. Antragsberechtigung	9
3.2. Anzeigepflicht und Antragszeitpunkt	9
3.3. Form des Antrags	9
3.4. Inhalt des Antrags	10
3.5. Antragsgegenstand	11
4. Zeitpunkt des Netzübergangs	12
5. Anpassung der Netzentgelte	13
6. Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen	14
6.1. Aufteilungsmaßstab	14
6.2. Dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile (KA _{dnb})	15
6.2.1. Anpassung der Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen (vgNK)	15
6.2.2. Anpassung der sonstigen dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten nach § 11 Abs.2 S.1 Nr.1 bis 3, 6, 7, 9, 10 und 13, S.2 und 3 ARegV	18
6.2.2.1. Vereinbarung von KA _{dnb} - Festbeträgen	18
6.2.2.2. Anpassung des übertragenen Erlösanteils	19
6.2.3. Aufteilungsmaßstab für Investitionsbudgets	20
6.3. Vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile (KA _{vnb})	20
6.4. Beeinflussbare Kostenanteile (KA _b)	20
6.5. Anpassung aufgrund des Verbraucherpreisindex (VPI)	20
6.6. Periodenübergreifende Saldierung (PüS), Mehrerlösabschöpfung (MEA) und Regulierungskonto	21
6.7. Erweiterungsfaktor (EF)	21
6.8. Pauschalierter Investitionszuschlag (PIZ)	22

7.

Ausfüllhilfe zu den Erhebungsbögen 23

7.1.	A. Allgemeine Informationen	23
7.2.	B. Erlösbergrenzen	23
7.3.	C. Kosten	24
7.4.	D.1 Sachanlagevermögen	25
7.5.	D.2 Anlagengruppen	25
7.6.	E. Strukturdaten	26
7.7.	F. Erläuterungen	27

Einleitung

Die Regulierungsbehörden haben gemäß § 4 Abs. 2 ARegV erstmals mit Wirkung zum 01. Januar 2009 Erlösobergrenzen für alle deutschen Energieversorgungsnetzbetreiber (ca. 900 Stromnetzbetreiber und 750 Gasnetzbetreiber) bestimmt. Es wurden Erlösobergrenzen für jedes Kalenderjahr der ersten Regulierungsperiode gemäß § 32 Abs. 1 Nr.1 ARegV festgelegt. Die erste Regulierungsperiode dauert gemäß § 3 Abs. 2 ARegV für Stromnetzbetreiber fünf Jahre und davon abweichend für Gasnetzbetreiber gemäß § 34 Abs. 1b ARegV vier Jahre.

Während der Regulierungsperioden kann es zu Veränderungen der Unternehmens- und Netzstruktur der Energieversorgungsnetzbetreiber kommen. Um die wirtschaftlichen Folgen von teilweise Netzübergängen und Netzaufspaltungen angemessen in den kalenderjährlichen Erlösobergrenzen abzubilden, hat der Verordnungsgeber in § 26 Abs. 2 ARegV entsprechende Anordnungen getroffen.

Nach § 26 Abs. 2 ARegV sind bei einem teilweisen Übergang eines Energieversorgungsnetzes auf einen anderen Netzbetreiber und bei Netzaufspaltungen (zusammenfassend: „Netzübergang“) die Erlösobergrenzen auf Antrag der beteiligten Netzbetreiber nach § 32 Abs. 1 Nr.1 ARegV neu festzulegen. Im Antrag ist anzugeben und zu begründen, welcher Erlösanteil dem übergehenden und dem verbleibenden Netzanteil zuzurechnen ist. Die Summe beider Erlösanteile darf die für dieses Netz insgesamt festgelegte Erlösobergrenze nicht überschreiten.

Bei einem Netzübergang auf einen anderen Netzbetreiber setzt die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 Satz 1 ARegV ab dem 01.01.2009 eine Vereinbarung der beteiligten Netzbetreiber hinsichtlich der übergehenden Erlösanteile voraus. **Hierfür sollten den beteiligten Netzbetreibern in gleicher Art und Weise alle für die Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen relevanten Daten und Informationen vor den Verhandlungen über die Erlösobergrenzenaufteilung vorliegen.**

Durch die Abänderung der festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 S.1 ARegV soll gemäß § 26 Abs. 2 S.3 ARegV sichergestellt werden, dass Netzübergänge nicht zu einer Erhöhung der Summe der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen führen. Die nach § 4 Abs. 3 ARegV zulässigen und erforderlichen Anpassungen der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen bleiben davon unberührt.

Die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden haben sich in einem intensiven Abstimmungsverfahren auf die Konsultationsfassung eines Leitfadens zu § 26 Abs. 2 ARegV und entsprechender Erhebungsbögen verständigt. Die Bundesnetzagentur hat daraufhin mit Schreiben vom 08.12.2009 und durch Veröffentlichung eines Leitfadenentwurfs und der entsprechenden Erhebungsbögen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur, den betroffenen Wirtschaftskreisen Gelegenheit gegeben hierzu bis zum 28.12.2009 Stellung zu nehmen. In Einzelfällen wurde diese Frist bis Mitte Januar 2010 verlängert. Es wurden insgesamt sieben Stellungnahmen abgegeben.

1. Abgrenzung: Netzübergang und Vollnetzübergang

Von einem Netzübergang nach § 26 Abs. 2 S.1 ARegV ist der vollständige Übergang eines Energieversorgungsnetzes und der Zusammenschluss mehrerer Energieversorgungsnetze (vereinfachend: „Vollnetzübergang“) nach § 26 Abs. 1 ARegV zu unterscheiden.

Im Gegensatz zum Netzübergang überträgt der abgebende Netzbetreiber bei einem Vollnetzübergang im Sinne des § 26 Abs. 1 ARegV sein gesamtes Netz an einen anderen Netzbetreiber. Bei dem übertragenden Netzbetreiber darf somit kein Rest des Netzes mehr verbleiben. Der abgebende Netzbetreiber gibt das Energieversorgungsnetz vollständig auf.

Im Fall des Vollnetzübergangs nach § 26 Abs.1 ARegV hat der Netzbetreiber den vollständigen Übergang des Energieversorgungsnetzes der zuständigen Regulierungsbehörde (siehe Ziffer 2.) unverzüglich anzuzeigen. Einer Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen bedarf es in den Fällen des Vollnetzübergangs nicht.

Die Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt gemäß § 4 Abs.3 ARegV für das bestehende und das übergegangene Netz jeweils gesondert, nach den Vorgaben des ursprünglichen Verfahrens.

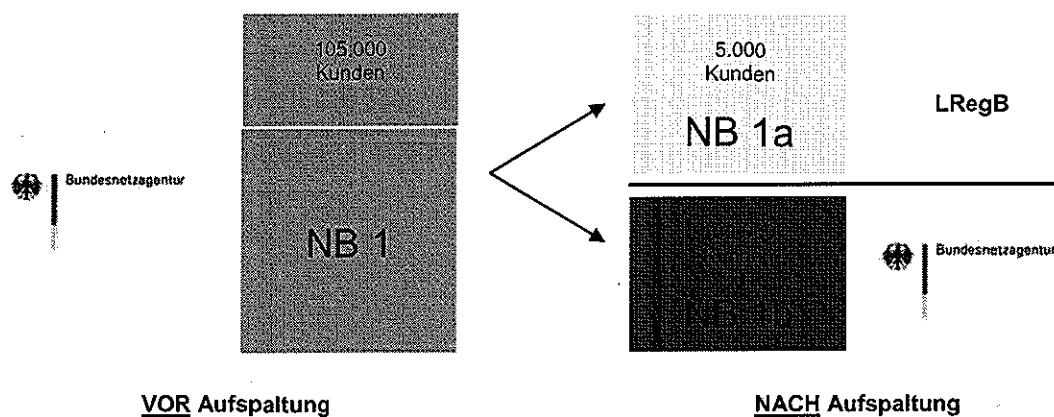
Die der Bildung des Netzentgeltes nach § 17 Abs.1 ARegV zu Grunde zu legende kalenderjährliche Erlösobergrenze des aufnehmenden Netzbetreibers kann sodann durch Addition der angepassten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen ermittelt werden.

2. Zuständigkeit

Nach § 54 Abs. 1 und Abs. 2 S.1 Nr.2 EnWG sind grundsätzlich die Landesregulierungsbehörden für einen Antrag nach § 26 Abs. 2 ARegV zuständig, soweit Netzbetreiber beteiligt sind, an deren Elektrizitäts- oder Gasverteilernetzen weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und das Energieversorgungsnetz nicht über das Gebiet eines Landes hinausreicht (vgl. § 54 Abs.2 S.2 EnWG). Wird die Zuständigkeit nicht ausdrücklich der Landesregulierungsbehörde zugewiesen, so ist gemäß § 54 Abs. 1 und 3 EnWG die Bundesnetzagentur zuständig.

Die für einen Antrag nach § 26 Abs. 2 ARegV zuständige Behörde ist anhand der sich bei den beteiligten Netzbetreibern **in der Folge eines Netzübergangs** ergebenden Kundenanzahl und Gebietsverhältnissen zu bestimmen.¹

Beispiel 1



NB 1 (≥ 100.000 Kunden, länderübergreifend) spaltet sich nach § 26 Abs. 2 S.1, 2. Alt. ARegV in die NB 1a (< 100.000 Kunden, nicht länderübergreifend) und NB 1b (≥ 100.000 Kunden, länderübergreifend) auf.

Damit ist für die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV hinsichtlich des NB 1a die Landesregulierungsbehörde (LRegB) und hinsichtlich des NB 1b die Bundesnetzagentur zuständig.

→ NB1a stellt den Antrag nach § 26 Abs. 2 ARegV folglich bei der LRegB und NB 1b bei der BNetzA. ←

¹ Der maßgebliche Zeitpunkt für die Erfassung der an die beteiligten Energieversorgungsnetze bzw. die zu bildenden Netzanteile unmittelbar oder mittelbar angeschlossenen Kunden ist nach § 54 Abs. 2 S.3 EnWG der 31. Dezember des Kalenderjahres vor Antragstellung.

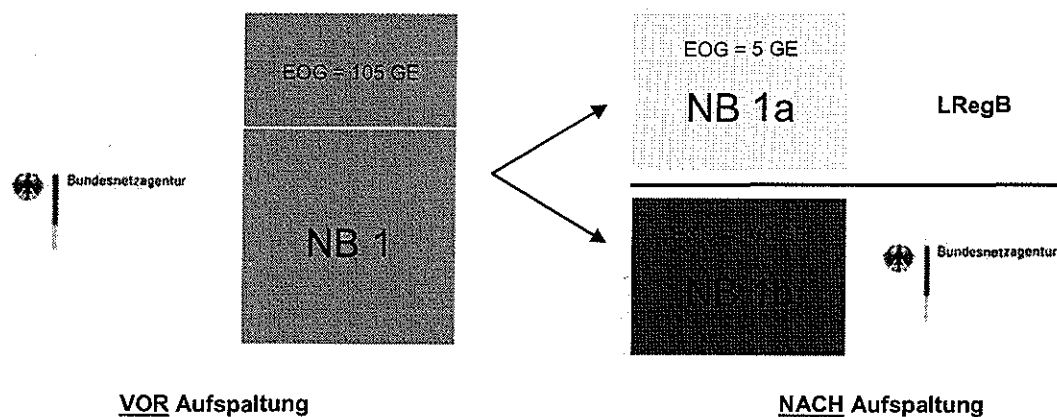
3. Antrag

Bei Netzübergängen wird die nach § 54 EnWG zuständige Regulierungsbehörde gemäß § 26 Abs. 2 S.1 ARegV ausschließlich auf Antrag der am Netzübergang beteiligten Netzbetreiber tätig.

§ 26 Abs. 2 ARegV setzt hinsichtlich der zu übertragenden kalenderjährlichen Erlösobergrenzen grundsätzlich **einen „Antrag“** der beteiligten Netzbetreiber gegenüber der jeweils zuständigen Regulierungsbehörde voraus.

Zwischen dem abgebenden und dem aufnehmenden Netzbetreiber muss demnach bereits vor der Antragstellung nach § 26 Abs. 2 ARegV Einigkeit über die Höhe des zu übertragenden Erlösobergrenzenanteils bestehen. Können die beteiligten Netzbetreiber keine Einigung über den Netzübergang erzielen, so ist zivilgerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Beispiel 2



NB 1b und NB 1a sind sich einig, dass eine Erlösobergrenze (EOG) in Höhe von 5 Geldeinheiten (GE) auf den aufnehmenden Netzbetreiber NB 1a übergehen soll.

NB 1a beantragt demnach die Neufestlegung einer EOG in Höhe von 5 GE bei der LRegB. NB 1b beantragt die Neufestlegung einer EOG in Höhe von 100 GE bei der Bundesnetzagentur.

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber können jeweils gesonderte Anträge nach § 26 Abs. 2 ARegV bei den jeweils zuständigen Regulierungsbehörden stellen. Die gesonderten Anträge müssen hinsichtlich des zu übertragenden Erlösanteils deckungsgleich sein.

3.1. Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind nach § 26 Abs. 2 S.1 ARegV die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber. Danach ist jeder Netzbetreiber antragsberechtigt, der aufgrund eines Netzübergangs einen Anteil der nach § 32 Abs. 1 Nr.1 ARegV festgelegten kalenderjährlichen Erlösbergrenzen auf einen anderen Netzbetreiber überträgt („abgebender Netzbetreiber“) und jeder Netzbetreiber, der diese Anteile aufnimmt („aufnehmender Netzbetreiber“).

3.2. Anzeigepflicht und Antragszeitpunkt

In den Festlegungen zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen haben die Regulierungsbehörden in der Regel bestimmt, dass der Übergang von Netzen, Netzzusammenschlüsse und -aufspaltungen nach § 26 ARegV unverzüglich schriftlich anzuzeigen sind.

Die Anzeige eines bevorstehenden Netzübergangs muss somit unverzüglich erfolgen. Der Antrag nach § 26 Abs.2 ARegV ist sodann unverzüglich nach einer Einigung der Parteien oder einer entsprechenden gerichtlichen Entscheidung zu stellen.

3.3. Form des Antrags

Im Antrag nach § 26 Abs. 2 ARegV ist anzugeben und zu begründen, welche Anteile der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen (in Euro) dem übergehenden und dem verbleibenden Netzanteil zuzurechnen sind. Dem Antrag sind alle für die Prüfung des Antrages erforderlichen Unterlagen beizufügen.

Der Antrag ist schriftlich und elektronisch bei der jeweils zuständigen Regulierungsbehörde einzureichen. Der zum Antrag gehörende Erhebungsbogen ist unter Nutzung der aktuellen Version der auf der Internetseite der jeweiligen Regulierungsbehörde oder <http://www.bundesnetzagentur.de>, dort unter den Menüpunkten „Sachgebiete“ > „Erhebung von Unternehmensdaten“ > „Netzübergang“, zum Download bereitgestellten XLS-Dateien („Erhebungsbogen § 26 II ARegV - abgebender NB“ bzw. „Erhebungsbogen § 26 II ARegV - aufnehmender NB“) vollständig und richtig ausgefüllt zu übermitteln. Es werden für Strom- und Gasnetzbetreiber unterschiedliche Erhebungsbögen bereitgestellt. Hinsichtlich des Übertragungsweges der XLS-Dateien sind die individuellen Vorgaben der jeweils zuständigen Regulierungsbehörde zu beachten.

Beim Ausfüllen der XLS-Dateien darf keine Veränderung der Struktur vorgenommen werden. Die Vorgaben und Definitionen dieses Leitfadens sind zu beachten. Sollte der Netzbetreiber

von diesen Vorgaben und Definitionen abweichen, so hat er dies zu benennen und die Gründe hierfür zu erläutern.

3.4. Inhalt des Antrags

Die beteiligten Netzbetreiber haben in dem Antrag nach § 26 Abs. 2 ARegV anzugeben und zu begründen, welcher Erlösanteil dem übergehenden und dem verbleibenden Netzanteil zuzurechnen ist.

- Den Anträgen ist jeweils eine gemeinsame Erklärung der beteiligten Netzbetreiber hinsichtlich der vom "abgebenden" Netzbetreiber auf den "aufnehmenden" Netzbetreiber zu übertragenden Erlösanteile in Euro, eine Aufteilung der Höhe der Kosten des Ausgangsniveaus und der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile, eine Aufteilung des Sachanlagevermögens (AK/HK, Anschaffungszeitpunkt und Nutzungsdauer) sowie eine Aufteilung der Strukturparameter des Netzes beizufügen.
- Die verwendeten Aufteilungsschlüssel sind zu erläutern. Die beteiligten Netzbetreiber haben darzulegen und nachzuweisen, dass die der Beantragung zu Grunde liegende Aufteilung der einzelnen Kostenanteile der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen (KA_{dnb} , KA_{vnb} und KA_b), der Sondersachverhalte (PIZ, EF, PÜS, MEA und Regulierungskonto), des Sachanlagevermögens (AK/HK, Anschaffungszeitpunkt, Nutzungsdauer) und der Strukturparameter des Netzes sachgerecht erfolgt ist.
- Die beteiligten Netzbetreiber haben darzulegen und nachzuweisen, dass die Summe der gebildeten Erlösanteile die für das aufzuteilende Netz insgesamt festgelegte Erlösobergrenze nicht überschreitet (vgl. § 26 Abs. 2 S.3 ARegV).
- Die beteiligten Netzbetreiber haben zu beachten, dass die sich aus der Aufteilung der Erlösobergrenze ergebenden Effizienzvorgaben von den beteiligten Netzbetreibern erreicht und übertroffen werden können (§ 21a Abs. 5 S.4 EnWG). **In diesem Zusammenhang weisen die Regulierungsbehörden ausdrücklich darauf hin, dass ein Netzübergang keine Grundlage für einen späteren Antrag nach § 4 Abs.4 S.1 Nr.2 ARegV oder § 16 Abs.2 S.1 ARegV darstellt.**
- Die beteiligten Netzbetreiber haben darzulegen und nachzuweisen (z.B. durch gemeinsame Erklärung), dass die für die Verhandlungen über die Übertragung der Erlösobergrenzen erforderlichen Informationen (siehe Ziffer 6.) den beteiligten Netzbetreibern **vor den Verhandlungen über den Netzübergang im Sinne des § 26 Abs.2 ARegV in gleicher Art und Weise vorlagen.**

Die von den Regulierungsbehörden bereitgestellten Erhebungsbögen sind vollinhaltlich zum Bestandteil der Anträge nach § 26 Abs. 2 ARegV zu machen.

3.5. Antragsgegenstand

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber beantragen für jedes Kalenderjahr der Regulierungsperiode eine neu festzulegende Erlösobergrenze. Der abgebende Netzbetreiber behält für den Zeitraum bis zum Netzübergang seine ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen bei.

Beispiel 3 ²

Netzbetreiber 1 (vor Netzübergang)

	EOG	KA, dnb	KA, vnb	KA, b
2009	99,09	10,00	72,73	16,36
2010	98,18	10,00	73,48	14,70
2011	97,26	10,00	74,26	13,00
2012	96,34	10,00	75,08	11,26

Netzbetreiber 1a (nach Netzübergang)

	EOG	KA, dnb	KA, vnb	KA, b
2009	99,09	10,00	72,73	16,36
2010	39,29	5,00	28,57	5,72
2011	38,94	5,00	28,87	5,06
2012	38,58	5,00	29,20	4,38

Netzbetreiber 1b (nach Netzübergang)

	EOG	KA, dnb	KA, vnb	KA, b
2009	0,00	0,00	0,00	0,00
2010	58,89	5,00	44,91	8,98
2011	58,33	5,00	45,39	7,94
2012	57,76	5,00	45,88	6,88

Die beteiligten Netzbetreiber begehren die Aufspaltung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze zum 01.01.2010. NB 1a beantragt folglich die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen 2009 (99,09 GE), 2010 (39,29 GE), 2011 (38,94 GE) und 2012 (38,58 GE). NB 1b beantragt die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen 2010 (58,89 GE), 2011 (58,33 GE) und 2012 (57,76 GE).

Würde NB 1a dem entgegen die Übertragung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen bereits mit Wirkung zum 01.01.2009 vornehmen, so wäre der NB 1a nicht berechtigt im Kalenderjahr 2009 Erlöse in Höhe von 99,09 GE vollständig zu behalten. Gemäß § 5 Abs. 1 ARegV wären die vereinnahmten Mehrerlöse als Saldo in Höhe von 59,45 GE auf dem Regulierungskonto des NB 1a zu verbuchen. Eine Berechtigung des NB 1a Erlöse über 39,64 GE hinaus zu erzielen bestand nicht.

²

Dieses Beispiel kann analog auch für einen bestehenden Netzbetreiber gebildet werden. Die neu festzulegende EOG des NB 1b ergäbe sich dann aus der Addition der bestehenden EOG des NB1b und der nach § 26 Abs.2 S.1 ARegV übergehenden Teil-EOG.

4. Zeitpunkt des Netzübergangs

Eine unterjährige Anpassung der Netzentgelte gemäß § 17 ARegV und der kalenderjährlichen Erlösobergrenze nach § 4 Abs.3 ARegV ist nicht vorgesehen.

Netzübergänge sollten daher stets mit Wirkung zum 01. Januar eines Kalenderjahres erfolgen.

Dem liegen folgende Überlegungen zugrunde:

- § 26 Abs. 2 S.1 ARegV verweist auf die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 32 Abs. 1 Nr.1 ARegV. § 32 Abs. 1 Nr.1 ARegV verweist seinerseits wiederum auf die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 4 ARegV. In § 4 Abs. 2 ARegV ist ausschließlich die Bestimmung einer Erlösobergrenze für jedes Kalenderjahr der Regulierungsperiode vorgesehen. Eine zeitanteilige, unterjährige Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze ist hingegen nicht vorgesehen.
- Die Verprobung der zulässigen Erlöse erfolgt nach § 17 Abs. 1 S.2 ARegV in Verbindung mit Teil 2, Abschnitte 2 und 3 der StromNEV bzw. GasNEV auf Jahresbasis.
- Eine hohe Anzahl von unterjährigen Netzübergängen könnte zu einer Vielzahl von Entgeltanpassungen pro Kalenderjahr führen. Dies entspricht nicht dem Grundgedanken des § 17 Abs. 3 ARegV und § 21 Abs.1 EnWG. Daher sind Entgeltanpassungen am Anfang eines Kalenderjahres zu bündeln.
- Eine unterjährige Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen würde in der Folge erhebliche Abgrenzungsprobleme hinsichtlich des Regulierungskontos nach § 5 ARegV bereiten.

Sollten die beteiligten Netzbetreiber dem entgegen gleichwohl eine unterjährige Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze vereinbaren, so sind die zulässigen kalenderjährlichen Erlöse zeitanteilig, bezogen auf 365 Tage (in Schaltjahren 366 Tage), zu ermitteln. Die sachgerechte Ermittlung der zeitanteiligen Erlösobergrenze ist darzulegen und nachzuweisen.

5. Anpassung der Netzentgelte

Im Falle eines unterjährigen Netzübergangs ist eine unterjährige Anpassung der Netzentgelte, dem allgemeinen Rechtsgedanken des § 17 Abs. 3 S.1 ARegV folgend, nicht zulässig.

Der Verordnungsgeber hat die Entscheidung zu § 17 Abs. 3 S.1 ARegV damit begründet, dass häufige Schwankungen der Netzentgelte vermieden werden sollen, um die hieraus resultierenden Nachteile für Netzkunden zu vermeiden.³ § 17 Abs. 3 S.1 ARegV bezieht sich seinem Wortlaut nach zwar grundsätzlich auf Anpassungen nach § 4 Abs. 3 bis 5 ARegV. § 17 Abs. 3 ARegV trägt jedoch dem allgemeinen Rechtsgedanken Rechnung, dass eine Vielzahl unterjähriger Änderungsvorgänge zu Intransparenz der Netzentgelte und damit zu einer Benachteiligung der Netzkunden führen kann.

Sollten die beteiligten Netzbetreiber gleichwohl einen unterjährigen Netzübergang vereinbaren, so hat der aufnehmende Netzbetreiber, zur Vermeidung einer Vielzahl unterjähriger Anpassungen der Netzentgelte, die Entgelte des abgebenden Netzbetreibers im übergehenden Netzanteil bis zum Ende des Kalenderjahres beizubehalten. Ebenso hat der abgebende Netzbetreiber seine Netzentgelte im verbleibenden Netz bis zum Jahresende beizubehalten. Eine Saldierung der sich daraus ergebenden Mehr- oder Mindererlöse erfolgt gemäß § 5 Abs. 1 ARegV nach dem Ablauf des Kalenderjahres über das Regulierungskonto.

Aus den nach § 26 Abs. 2 S. 1 ARegV neu festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des beteiligten Netzbetreibers ist grundsätzlich ein einheitliches Netzentgelt zu bilden („Ein Netzbetreiber, ein Entgelt!“). Die beteiligten Netzbetreiber können jedoch in begründeten Ausnahmefällen übergangsweise und nach vorheriger Absprache mit der jeweils zuständigen Regulierungsbehörde bis zum Ende der auf den Netzübergang folgenden Regulierungsperiode differenzierte Netzentgelte ausweisen.

³ BR-Drs. 417/07, S.62.

6. Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösberggrenzen

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber haben die kalenderjährlichen Erlösberggrenzen und die einzelnen Kostenanteile der kalenderjährlichen Erlösberggrenzen sachgerecht aufzuteilen und dies nachzuweisen. Hierzu haben die beteiligten Netzbetreiber insbesondere den verwendeten Aufteilungsmaßstab und die im Einzelnen verwendeten Aufteilungsschlüssel darzulegen und zu begründen.

6.1. Aufteilungsmaßstab

Die Regulierungsbehörden gehen grundsätzlich davon aus, dass die beteiligten Netzbetreiber einen geeigneten Maßstab zur Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösberggrenzen verwenden werden.⁴

Es sollte ein Aufteilungsmaßstab gewählt werden, der sich ausgehend von einer detaillierten Darstellung des Sachanlagevermögens und dessen Wartungszustand, an einer **Aufteilung der Kosten des Ausgangsniveaus nach § 6 ARegV** orientiert. Unter Anwendung des für den abgebenden Netzbetreiber ermittelten Effizienzwertes können dann für den übergehenden und den verbleibenden Netzanteil die neuen kalenderjährlichen Erlösberggrenzen der Regulierungsperiode ermittelt werden.

Der abgebende Netzbetreiber sollte gegenüber dem aufnehmenden Netzbetreiber vor den Verhandlungen über die Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösberggrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV zumindest das zu übertragende Sachanlagevermögen nach Anschaffungszeitpunkten, die jeweiligen Anschaffungs- und Herstellungskosten (AK/HK), die kalkulatorischen Nutzungsdauern und eine Beschreibung des Wartungszustandes des Netzanteils bzw. die auf den zu übertragenden Netzanteil entfallenden Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen offenlegen. Eine Schlüsselung des Sachanlagevermögens ist nur zulässig, wenn eine anlagenscharfe Zuordnung der Vermögenswerte nicht möglich ist. Die verwendeten Schlüssel sind darzulegen und zu begründen.

Unter anderem wird durch die Verminderung bestehender Informationsasymmetrien gewährleistet, dass die beteiligten Netzbetreiber überhaupt in die Lage versetzt werden, zu beurteilen, ob die sich nach einem Netzübergang ergebenden Effizienzvorgaben erreicht und übertroffen werden können (vgl. § 21a Abs. 5 S.4 EnWG).

⁴ Die Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösberggrenzen eines Netzbetreibers anhand der in den jeweiligen Netzanteilen anfallenden Verbrauchsmengen könnte unter Umständen dazu führen, dass verbrauchsstarken Netzanteilen mit günstiger Kostenstruktur (d.h. überproportional niedrigen Netzkosten) zu hohe kalenderjährliche Erlösberggrenzen und umgekehrt Netzanteile mit ungünstiger Kostenstruktur zu geringe Erlösberggrenzen zugeordnet werden.

6.2. Dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile (KA_{dnb})

Die **KA_{dnb}** der festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen werden in § 11 Abs. 2 S.1 Nr.1 bis 13 ARegV abschließend aufgezählt. Bei einer Änderung der **KA_{dnb}** erfolgt gemäß § 4 Abs. 3 S.1 Nr.2 ARegV eine Anpassung jeweils zum 01. Januar eines Kalenderjahres.

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber können die **KA_{dnb}** des abgebenden Netzbetreibers grundsätzlich unter sich aufteilen. Die sachgerechte Aufteilung der **KA_{dnb}** ist darzulegen und nachzuweisen.

6.2.1. Anpassung der Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen (vgNK) und Vergütung für dezentrale Einspeisung

Bei der Anpassung der Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen (vgNK) im Sinne des § 11 Abs. 2 S.1 Nr.4 ARegV und Vergütung für dezentrale Einspeisung im Sinne des § 11 Abs. 2 S.1 Nr.8 ARegV ist auf das Kalenderjahr abzustellen, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll.⁵ Da ein Plan-Ist-Abgleich nach § 5 Abs.1 S.2 ARegV vorzunehmen ist, handelt es sich somit bei den vgNK für den Netzbetreiber um einen durchlaufenden Posten. Durch die Berücksichtigung der aktuellen Kostendaten wird der wirtschaftlichen Bedeutung und Volatilität der vgNK Rechnung getragen.

Die Vereinbarung eines Netzübergangs sollte auch aus diesem Grunde stets mit Wirkung zum 01. Januar eines Kalenderjahres vollzogen werden.

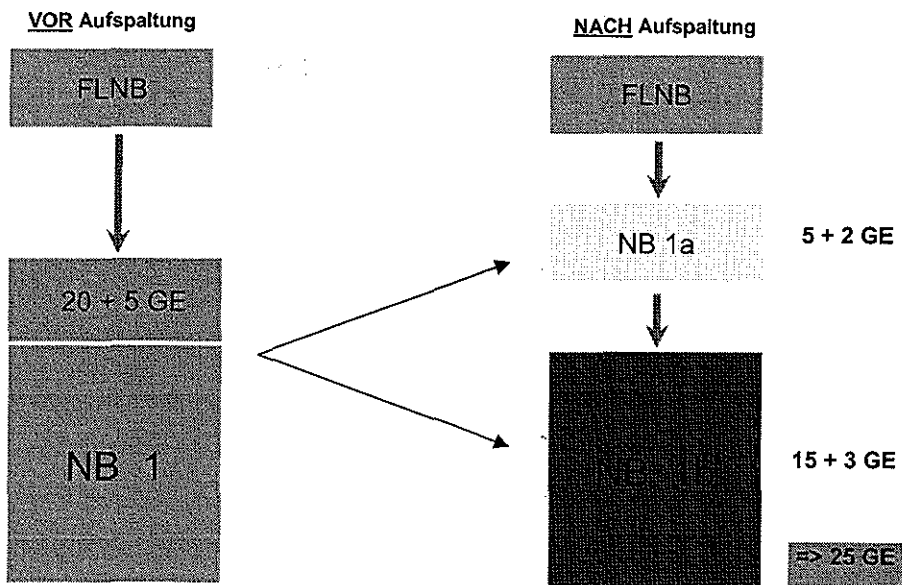
§ 26 Abs. 2 S.3 ARegV führt, bei sachgemäßer Gestaltung von Netzübergängen, nicht zu wirtschaftlichen Nachteilen der beteiligten Netzbetreiber im Umgang mit den vgNK und der Vergütung für dezentrale Einspeisung. Danach ist sicherzustellen, dass die Summe der gebildeten Erlösanteile die für das aufzuteilende Netz insgesamt festgelegte Erlösobergrenze nicht überschreitet. § 4 Abs. 3 S.1 Nr.2 ARegV gewährleistet eine Anpassung der vgNK und der Vergütung für dezentrale Einspeisung zum 01. Januar eines Kalenderjahres auf das aktuelle Niveau.

Die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 S.1 ARegV führt deshalb auch nicht zu einer Benachteiligung der beteiligten Netzbetreiber, wenn der aufnehmende Netzbetreiber durch den Netzübergang zu einem nachgelagerten Netzbetreiber des abgebenden Netzbetreibers wird. Eine Aufteilung der vgNK und der

⁵ Die vorgelagerten Netzkosten enthalten keine Kosten für singulär genutzte Betriebsmittel. Kosten singulär genutzter Betriebsmittel zählen nicht zu den dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten und dürfen nicht unter dieser Position ausgewiesen werden.

Vergütung für dezentrale Einspeisung des abgebenden Netzbetreibers, unter Berücksichtigung des § 26 Abs. 2 S.3 ARegV, sollte stets nach sachgerechten Kriterien erfolgen. Die beteiligten Netzbetreiber werden durch die Anpassung nach § 4 Abs.3 S.1 Nr.2 ARegV in die Lage versetzt, die tatsächlichen vgNK wiederzuverdienen.

Beispiel 4.1

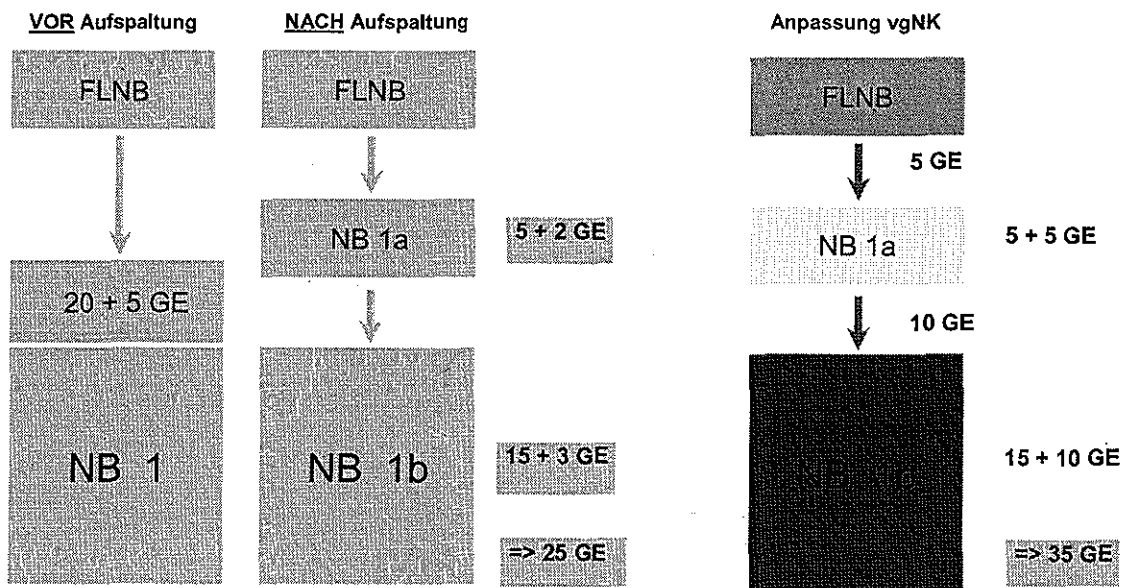


NB 1 hat im Zustand vor Netzübergang eigene Netzkosten in Höhe von 20 GE. NB 1 ist nachgelagerter Netzbetreiber zu einem Fernleitungsnetzbetreiber (FLNB). NB 1 hat vgNK in Höhe von 5 GE. Die Gesamtnetzkosten des NB 1 betragen folglich 25 GE.

Durch den Netzübergang zum 01.01.2010 wird NB 1b nachgelagerter Netzbetreiber zu NB 1a und FLNB. NB 1a verfügt nur über einen Ausspeisepunkt zu 1b. NB 1a und 1b sind sich im Rahmen des Netzübergangs einig, dass NB 1b nunmehr 3 GE von den vgNK des NB 1 erhält; NB 1a behält vgNK in Höhe von 2 GE. Die vgNK des NB 1a betragen tatsächlich 5 GE. NB 1a darf aber zunächst nur 2 GE erwirtschaften. Die vgNK des NB 1b betragen tatsächlich 10 GE. In der Erlösobergrenze des NB 1b werden aber nur 3 GE für vgNK abgebildet.

Beispiel 4.1 basiert auf einer isolierten Betrachtung des Netzübergangs, welche die Anpassungs- und Ausgleichsregelungen der ARegV außer Acht lässt. Durch die Anpassungsregelung des § 4 Abs. 3 S.1 Nr.2 ARegV bzw. die Ausgleichsregelung des § 5 ARegV werden wie oben beschrieben nachteilige wirtschaftliche Folgen der Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze vermieden (vgl. dazu Beispiel 4.2).

Beispiel 4.2



Die grau hinterlegte Aufspaltung vollzieht sich wie in Beispiel 4.1. Mit Wirkung zum 01.01. des auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahres können NB 1a und 1b die vgNK gemäß § 4 Abs. 3 S.1 Nr.2 ARegV auf das aktuelle Niveau anpassen. Die Anpassung kann auch in der logischen Sekunde des Netzübergangs erfolgen.

Die tatsächlichen vgNK des NB 1a betragen 5 GE. In der Erlösobergrenze des NB 1a werden nach der Anpassung 5 GE für vgNK abgebildet. Die tatsächlichen vgNK des NB 1b betragen 10 GE. In der Erlösobergrenze des NB 1b werden nach der Anpassung 10 GE für vgNK abgebildet.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

Vereinbaren die beteiligten Netzbetreiber einen Netzübergang mit Wirkung zum 01. Januar eines Kalenderjahres, so kann der aufnehmende Netzbetreiber grundsätzlich unmittelbar eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze gemäß § 4 Abs. 3 S.1 Nr.2 ARegV vornehmen.

Bei unterjährigen Netzübergängen hat der aufnehmende Netzbetreiber bis zum Ende des Kalenderjahres im übergehenden Netzanteil die Netzentgelte des abgebenden Netzbetreibers beizubehalten (siehe Ziffer 5.). In der Erlösobergrenze des abgebenden Netzbetreibers sind – und damit auch in dessen Netzentgelten – vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung enthalten, so dass durch die Beibehaltung der Entgelte bereits eine Aufteilung der Erlöse aus vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung erfolgt. Die Differenz zwischen den tatsächlich entstandenen vgNK und der Vergütung für dezentrale Einspeisung und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Kosten wird gemäß § 5 Abs. 1 S.2 ARegV sodann als Saldo auf dem Regulierungskonto verbucht. Gleichwohl sollte stets eine sachgerechte Aufteilung der vgNK und der Vergütung für dezentrale Einspeisung erfolgen.

6.2.2. Anpassung der sonstigen dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten nach § 11 Abs.2 S.1 Nr.1 bis 3, 6, 7, 9, 10 und 13, S.2 und 3 ARegV

Bei der Anpassung der **KA_{dnb}** nach § 11 Abs. 2 S.1 Nr.1 bis 3, 6, 7, 9, 10 und 13, S.2 und 3 ARegV ist im Regelverfahren auf die im vorletzten Kalenderjahr entstandenen Kosten abzustellen.

Netzübergängen sind die letztmalig zum 01. Januar des Kalenderjahres vor Netzübergang angepassten bzw. aktuell anpassbaren **KA_{dnb}** (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) zu Grunde zu legen. Hinsichtlich der auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahre innerhalb der Regulierungsperiode sind grundsätzlich die Werte der Erlösobergrenzenfestlegung beizubehalten.

Befindet sich der abgebende Netzbetreiber im Regelverfahren, so ist für den übergehenden Netzanteil – unabhängig davon in welchem Verfahren sich der aufnehmende Netzbetreiber befindet – eine Anpassung der **KA_{dnb}** grundsätzlich möglich. Wenn der übergehende Netzteil von einem Netzbetreiber im vereinfachten Verfahren an einen anderen Netzbetreiber übertragen wird, ist eine Anpassung der sonstigen **KA_{dnb}** (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) ohnehin ausgeschlossen.

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber haben die Möglichkeit zwischen zwei unterschiedlichen Verfahren zur Übertragung von **KA_{dnb}** (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) zu wählen:

6.2.2.1. Vereinbarung von **KA_{dnb} - Festbeträgen**

In diesem Verfahren vereinbaren die beteiligten Netzbetreiber für die beiden auf einen Netzübergang folgenden Kalenderjahre die Übertragung eines festen Betrages für jede einzelne Kostenposition der **KA_{dnb}**.

Eine Anpassung der übertragenen **KA_{dnb}** ist für den aufnehmenden Netzbetreiber damit in den ersten beiden auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahren ausgeschlossen. Beim abgebenden Netzbetreiber erfolgen in den ersten beiden auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahren die Anpassungen nach § 4 Abs.3 S.1 Nr.2 ARegV sodann unter Berücksichtigung der übertragenen **KA_{dnb}** - Festbeträge.

Liegt der Anpassung nach § 4 Abs.3 S.1 Nr.2 ARegV ein auf den Netzübergang folgendes Kalenderjahr zu Grunde, so erfolgt die Anpassung für den übertragenen Netzanteil auf Basis der tatsächlichen Kosten des aufnehmenden Netzbetreibers.

6.2.2.2. Anpassung des übertragenen Erlösanteils

In diesem Verfahren haben die beteiligten Netzbetreiber darzulegen, in welchem Verhältnis die künftigen Anpassungen der KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) im Sinne des § 4 Abs. 3 ARegV in den beiden, auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahren anzuwenden sind. Dabei ist auf die KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) des abgebenden Netzbetreibers abzustellen. Dem aufnehmenden Netzbetreiber sind in den beiden Jahren vor Netzübergang denklogisch keine originären KA_{dnb} für den übergehenden Netzanteil entstanden.

Beispiel 5

Die Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des NB 1 erfolgt nach § 26 Abs. 2 ARegV am 30.09.2009, mit Wirkung zum 01.01.2010. NB 1a und NB 1b sind sich darin einig, dass der NB 1a KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) in Höhe von 5 GE behält und KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) in Höhe von 5 GE auf den zum 01.01.2010 neu gegründeten NB 1b überträgt.

NB 1b hat nunmehr erstmalig zum 01.01.2010 seine KA_{dnb} anzupassen. Dabei muss NB 1b auf die KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) des vorletzten Kalenderjahres abstellen. NB 1b hatte 2008 aber keine originären KA_{dnb} und musste folglich seine KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) auf Null anpassen.

Um die wirtschaftlichen Folgen des **Beispiel 5** zu vermeiden, muss es dem aufnehmenden Netzbetreiber hinsichtlich des übergehenden Netzanteils, zumindest für die ersten beiden Kalenderjahre nach Netzübergang, möglich sein auf die anteiligen KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) des abgebenden Netzbetreibers im vorletzten Kalenderjahr abzustellen. Erst im dritten Jahr nach Netzübergang kann auf die originären KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) des aufnehmenden Netzbetreibers abgestellt werden.

Die abgebenden Netzbetreiber, deren Erlösobergrenzen nicht im vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV festgelegt wurden, können dementsprechend ein prozentuales Aufteilungsverhältnis hinsichtlich der Anpassung der KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) für die beiden auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahre vereinbaren und dem Antrag nach § 26 Abs. 2 ARegV zu Grunde legen. Die beteiligten Netzbetreiber können das Anpassungsverhältnis grundsätzlich bestimmen.

Die Netzbetreiber sollten eine entsprechende Vereinbarung hinsichtlich der Modalitäten zur Übermittlung des Anpassungswertes der KA_{dnb} (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) in den beiden auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahren treffen.

Liegt der Anpassung nach § 4 Abs.3 S.1 Nr.2 ARegV ein auf den Netzübergang folgendes Kalenderjahr zu Grunde, so erfolgt die Anpassung für den übertragenen Netzanteil auf Basis der tatsächlichen Kosten des aufnehmenden Netzbetreibers.

6.2.3. Aufteilungsmaßstab für Investitionsbudgets

Gemäß § 23 ARegV können unter bestimmten Voraussetzungen Kapitalkosten zur Durchführung von Erweiterungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen genehmigt werden.

Genehmigte Investitionsbudgets gelten gemäß § 11 Abs.2 S.1 Nr.6 ARegV als KA_{dnb} . Die Anpassung der sich aus einem Investitionsbudget ergebenden Kapitalkosten erfolgt somit gemäß § 4 Abs.3 S.1 Nr.2 ARegV jeweils zum 01. Januar eines Kalenderjahres. Dabei ist auf die im vorletzten Kalenderjahr entstandenen Kosten abzustellen.

Bei der Aufteilung der sich aus einem Investitionsbudget gemäß § 23 ARegV ergebenden Kapitalkosten haben die beteiligten Netzbetreiber eine anlagenscharfe Aufteilung der zu Grunde liegenden AK/HK vorzunehmen.

6.3. Vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile (KA_{vnb})

Als KA_{vnb} gelten die mit dem nach § 15 ARegV ermittelten bereinigten Effizienzwert multiplizierten Gesamtkosten im Sinne des § 6 ARegV nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten im Sinne des § 11 Abs. 2 ARegV.

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber können die KA_{vnb} des abgebenden Netzbetreibers grundsätzlich unter sich aufteilen. Die sachgerechte Aufteilung der KA_{vnb} ist darzulegen und nachzuweisen.

6.4. Beeinflussbare Kostenanteile (KA_b)

Als beeinflussbare Kostenanteile KA_b gelten alle Kostenanteile, die keine dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile im Sinne des § 11 Abs.2 ARegV oder vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile im Sinne des § 11 Abs. 3 ARegV sind.

Die an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreiber sind bei der Aufteilung der KA_b des abgebenden Netzbetreibers grundsätzlich an dessen Senkungsvorgabe gebunden.

6.5. Anpassung aufgrund des Verbraucherpreisindex (VPI)

Bei der Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen sind die jeweils zum 01. Januar eines Kalenderjahres vor Netzübergang erfolgten Anpassungen aufgrund einer Änderung des VPI gemäß § 4 Abs. 3 S.1 Nr.1 ARegV zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der auf den Netzübergang folgenden Kalenderjahre innerhalb der Regulierungsperiode sind bis zu ihrer regulären Anpassung nach § 4 Abs.3 S.1 ARegV die aufgeteilten Werte der ursprünglichen Erlösobergrenzenfestlegung beizubehalten.

6.6. Periodenübergreifende Saldierung (PÜS), Mehrerlösabschöpfung (MEA) und Regulierungskonto

Die beteiligten Netzbetreiber haben die Salden der PÜS, MEA und des Regulierungskontos nach einem sachgerechten Schlüssel aufzuteilen. Die Aufteilung kann nach dem Schlüssel „Menge * Preis“ erfolgen.

Hierfür ist die Verprobung der vor dem Netzübergang zulässigen Erlösobergrenze getrennt jeweils für die abgehenden Netzanteile und den verbleibenden Netzanteil vorzunehmen. Die Relation zwischen der Verprobungssumme eines abgehenden Netzanteils und der gesamten vor dem Netzübergang zulässigen Erlösobergrenze ist maßgebend für den auf den abgehenden Netzanteil entfallenden Anteil des Saldo.

Eine Aufteilung der Salden aus PÜS, MEA und Regulierungskonto ist geboten. Die Mehr- oder Mindererlöse ergeben sich aus dem unterschiedlichen Abnahmeverhalten der Netzkunden in der Summe aller Netzanteile vor dem Netzübergang. Würde man die Salden aus PÜS, MEA und Regulierungskonto ausschließlich beim abgehenden Netzbetreiber belassen, so würden die Netzkunden dieses Netzanteils über Gebühr be- oder entlastet werden. Auf die Netzkunden des übergehenden Netzanteils würden hingegen keine Be- oder Entlastungen verteilt. Es käme so zu einer nicht verursachungsgerechten Allokation der Be- oder Entlastungen. Dies widerspricht dem Grundgedanken der periodenübergreifenden Saldierung – wenn auch grundsätzlich in zeitlicher Hinsicht eine vollständige Personenidentität zwischen belasteten und begünstigten Netznutzern nicht erforderlich ist. Es ist davon auszugehen, dass die beteiligten Netzbetreiber hierfür in der Regel einen wirtschaftlichen Ausgleich vorsehen werden.

6.7. Erweiterungsfaktor (EF)

Aufgrund des Erweiterungsfaktoransatzes wird gemäß § 4 Abs.4 S.1 Nr.1 ARegV eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen genehmigt. Die Anpassung ist von den an einem Netzübergang beteiligten Netzbetreibern aufzuteilen, wenn Erweiterungsinvestitionen in dem übergehenden Netzanteil stattgefunden haben. Dabei haben die beteiligten Netzbetreiber einen sachgerechten Schlüssel zu verwenden. Eine sachgerechte Aufteilung des Anpassungsbetrages aus dem Erweiterungsfaktor muss der sachgerechten Aufteilung der Strukturparameter eines Netzes im Sinne des § 10 Abs. 2 ARegV folgen.

6.8. Pauschalierter Investitionszuschlag (PIZ)

Hat die Regulierungsbehörde einen PIZ bei der Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen gemäß § 25 Abs. 2 bis 5 ARegV mit einbezogen, so kann der PIZ unter den Netzbetreibern aufgeteilt werden. Die Netzbetreiber haben dabei einen sachgerechten Schlüssel zu verwenden. Als Schlüssel zur Aufteilung des PIZ sollten die standardisierten Kapitalkosten nach § 14 Abs. 2 ARegV herangezogen werden, wie sie sich aus der Aufteilung der Anschaffungskosten des Sachanlagevermögens ergeben.

7. Ausfüllhilfe zu den Erhebungsbögen

Hinsichtlich der abgefragten Parameterwerte sowie Kostenangaben sind durch den Netzbetreiber die entsprechend vorgegebenen Einheiten sowie die sich aus der Anlage zu diesem Leitfaden ergebenden Definitionen zu den Strukturdaten zu beachten.

Im gesamten Erhebungsbogen sind durch den Netzbetreiber nur die gelb hinterlegten Felder zu befüllen. Sofern der Netzbetreiber bei seinen Eintragungen entweder von der vorgegebenen Einheit oder Definition im Tabellenblatt „Definitionen“ des Leitfadens abweicht oder in gelb unterlegten Zellen keine Eintragungen vornimmt oder Erläuterungen zu einzelnen Eintragungen vornehmen möchte, so sind diese im Tabellenblatt „F. Erläuterungen“ unter Verweis auf die entsprechende Zelle im jeweiligen Tabellenblatt des Erhebungsbogens einzutragen.

7.1. A. Allgemeine Informationen

Dieser Bogen ist durch den Netzbetreiber vollständig auszufüllen und eine Auswahl in den Zellen mit Auswahlliste zu treffen.

7.2. B. Erlösobergrenzen

Die Eintragungen dienen der Bestimmung des vom "abgebenden" Netzbetreiber auf den "aufnehmenden" Netzbetreiber zu übertragenden Erlösobergrenzenanteils sowie der Erlösobergrenze des "abgebenden" Netzbetreibers nach Netzübergang (EHB abgebender Netzbetreiber) bzw. der Erlösobergrenze des "aufnehmenden" Netzbetreibers nach Netzübergang (EHB aufnehmender Netzbetreiber).

Die Eintragungen sind durch die beteiligten Netzbetreiber für alle Jahre der Regulierungsperiode vorzunehmen. Hinsichtlich der einzelnen Kostanteile der Erlösobergrenze sind die nicht-inflationierten Werte der Erlösobergrenzenfestlegung zu Grunde zu legen. Hinsichtlich des Erweiterungsfaktors sind die inflationierten Werte der Genehmigung zu verwenden. Der PIZ ist in den dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen aufzuführen, da diese Kostenbestandteile im Tabellenblatt C. Kosten nochmals detailliert aufgegliedert werden. Die PÜS-Annuitäten sind von Gasnetzbetreibern der Anlage des ursprünglichen Erlösobergrenzenbescheides zu entnehmen und mit umgekehrten Vorzeichen einzutragen.

Die jeweilige Erlösobergrenze des "abgebenden" bzw. "aufnehmenden" Netzbetreibers nach Netzübergang wird rechnerisch neu ermittelt.

7.3. C. Kosten

Unter dem Punkt „1. Aufteilung des Ausgangsniveaus nach § 6 ARegV“ ist das angepasste Ausgangsniveau gemäß der Anlage 1 zum Beschluss wegen Festlegung zur Bestimmung der Erlösobergrenzen anzugeben.

Dies betrifft das Ausgangsniveau des "abgebenden" Netzbetreibers vor Netzübergang und den auf den "aufnehmenden" Netzbetreiber zu übertragenden Anteil (EHB abgebender Netzbetreiber) bzw. das Ausgangsniveau des "aufnehmenden" Netzbetreibers vor Netzübergang, sowie den auf den "aufnehmenden" Netzbetreiber zu übertragenden Anteil (EHB aufnehmender Netzbetreiber). Das jeweilige Ausgangsniveau des "abgebenden" bzw. "aufnehmenden" Netzbetreibers nach Netzübergang wird berechnet.

Für Netzbetreiber des sog. Regelverfahrens sind unter „2. Aufteilung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten“ in der ersten Tabelle die einzelnen Positionen gemäß § 11 Abs.2 ARegV vor Netzübergang und für den übergehenden Netzteil jeweils im Ausgangsniveau nach § 6 ARegV anzugeben.

In der zweiten Tabelle sind die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten der Erlösobergrenze des Netzbetreibers vor Netzübergang und für den übergehenden Netzteil einzutragen, die letztmalig vor dem Netzübergang angepasst und der zuständigen Regulierungsbehörde mitgeteilt worden sind.

Die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten nach Netzübergang werden jeweils rechnerisch neu ermittelt.

Für Netzbetreiber, die am vereinfachten Verfahren teilnehmen, reduzieren sich die Angaben an dieser Stelle auf die Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen (Nr. 4) und im Strombereich zusätzlich auf die Kosten für die Vergütung dezentraler Einspeisungen nach § 18 StromNEV (Nr. 8).

Unter „3. Zukünftige Anpassung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten (ohne Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme des vorgelagerten Netzes)“ ist für die am Regelverfahren teilnehmenden Netzbetreiber in der ersten Tabelle entweder das Aufteilungsverhältnis zur Anpassung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile für die erste Anpassung nach dem Netzübergang oder hinsichtlich der einzelnen Positionen nach § 11 Abs.2 ARegV absolute Werte anzugeben.

Unter dem Punkt „4. Aufteilung der anerkannten Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie“ (nur Strom) sind die in der Tabelle aufgeführten Positionen vor Netzübergang, nach Netzübergang und der auf den "aufnehmenden" Netzbetreiber zu

übertragende Anteil an den Positionen anzugeben. Die Angaben beziehen sich auf die anerkannten Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie der letzten Entgeltgenehmigung.

In der zweiten Tabelle ist wie bei den Angaben zur ersten Anpassung entweder der Verhältniswert zur Anpassung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile für die zweite Anpassung nach dem Netzübergang oder der absolute Wert hinsichtlich der einzelnen Positionen nach § 11 Abs.2 ARegV zu benennen.

In der Zelle C51 (Strom) bzw. C47 (Gas) ist anzugeben, ob die zukünftige Anpassung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten anhand im Vorfeld vereinbarter absoluter Werte oder anhand relativer Anteile erfolgen soll.

Von Netzbetreibern des vereinfachten Verfahrens sind in dieser Tabelle keine Angaben erforderlich, da im vereinfachten Verfahren eine Anpassung der sonstigen **KA_{dnb}** (ohne vgNK und Vergütung für dezentrale Einspeisung) nicht vorgesehen ist.

7.4. D.1 Sachanlagevermögen

Es ist zu beachten, dass auch die Teile des Anlagevermögens einzutragen sind, die nicht vom Netzübergang betroffen sind.

Es ist darauf zu achten, dass neben dem Aktivierungsjahr auch der Aktivierungsmonat einzutragen ist. Nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) ist monats-scharf abzuschreiben.⁶ Ist der Aktivierungsmonat nicht bekannt, so ist der Monat Januar als Aktivierungsmonat einzutragen (es wird dadurch eine jahresscharfe Abschreibung unterstellt). Insbesondere der aufnehmende Netzbetreiber ist zukünftig an die Angaben im Erhebungsbogen zu § 26 Abs.2 ARegV gebunden.

In diesem Tabellenblatt wird der Wert des verbleibenden Sachanlagevermögens durch Subtraktion bzw. Addition des Wertes des übergehenden Sachanlagevermögens von dem Wert des Sachanlagevermögens vor Netzübergang ermittelt.

7.5. D.2 Anlagengruppen

Das Tabellenblatt dient als Übersicht für die Befüllung des Tabellenblattes „D.1 Sachanlagevermögen“.

In Spalte F des Tabellenblattes sind die bisher verwendeten kalkulatorischen Nutzungsdauern des abgebenden Netzbetreibers für die jeweiligen Anlagengruppen anzugeben.

⁶ BGH, Beschluss v. 23.09.2009, Aktenzeichen: EnVR 76/07

7.6. E. Strukturdaten

Die Strukturdatenabfrage ist nur von Verteilernetzbetreibern zu befüllen. Gemäß § 10 Abs. 4 ARegV sind Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber nicht berechtigt einen Antrag auf Erweiterungsfaktor zu stellen.

Unabhängig von der Art des Verfahrens sowie des der letzten Entgeltgenehmigung zugrunde liegenden Geschäftsjahres ist das Basisjahr für die zu tätigenen Eintragungen das Kalenderjahr 2006 (Daten zum 31.12.2006).

Sofern in der Vergangenheit ein Antrag auf Genehmigung eines Erweiterungsfaktors gestellt wurde, ist zwingend auf die der damaligen Genehmigung zugrunde gelegten Werte abzustellen (Daten zum 31.12.2006).

In diesem Zusammenhang sind die dem Leitfaden als Anlage beigefügten Definitionen zu den Strukturdaten zu beachten. Diese Definitionen fanden bereits im Rahmen des Effizienzvergleichs sowie des Erweiterungsfaktors Verwendung.

Durch den Verteilernetzbetreiber sind die Ist-Werte zum 31.12.2006 vollständig einzutragen. Es sind folgende Parameterangaben durch den Netzbetreiber vorzunehmen:

Für Stromverteilernetze:

Fläche des versorgten Gebietes

Anzahl der Anschlusspunkte

Jahreshöchstlast

Stromkreislänge (Freileitungen und Kabel)

Anzahl der Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen

Installierte Leistung der Unspannebene in kVA

Anzahl der Umspannstationen

Anzahl der Transformatoren

Einwohnerzahl und

Amtliche Gemeindeschlüssel.

Für Gasverteilernetze:

Fläche des versorgten Gebietes
Anzahl der Anschlusspunkte
Jahreshöchstlast
Beschreibung des Konzessionsgebietes
Netzlänge
Anschlussgrad
Erschließungsgrad

7.7. F. Erläuterungen

Die Befüllung dieses Tabellenblatts ist optional.

In diesem Tabellenblatt sind Angaben zu machen, sofern der Netzbetreiber gelb unterlegte Felder entweder nicht befüllt oder die getätigten Angaben nicht mit den vorgegebenen Definitionen im Tabellenblatt „Definitionen“ im Einklang stehen. Darüber hinaus kann der Netzbetreiber Anmerkungen im Zusammenhang mit der Befüllung des Erhebungsbogens vornehmen.

Definitionen

Stichtag der Erhebung ist der 31.12.2006. Die Definitionen nehmen Bezug auf das Tabellenblatt E. Aufteilung der Strukturdaten.

1. Definitionen (Strom)

Id.Nr.	Name der Variablen	Einheit	Definition
Parameter			
4	Versorgte Fläche, nur NS	km²	Versorgte Fläche bezeichnet diejenige Fläche innerhalb des erschlossenen Gebiets, die über das Stromversorgungsnetz versorgt wird und auf der amtlichen Statistik zur Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung der Statistischen Landesämter beruht. Als versorgte Fläche wird insoweit die bebaute Fläche („Gebäude und Freiflächen (nur bebaute Fläche)“; Flächenschlüssel 100/200) sowie Straßen, Wege und Plätze (Flächenschlüssel 510/520/530) verstanden. Wird eine Gemeinde von mehreren Netzbetreibern versorgt, sind lediglich die entsprechenden Flächenanteile zu berücksichtigen und anzugeben.
5	Geographische Fläche, H5S, HS und MS	km²	Geographische Fläche bezeichnet diejenige Gesamtfläche, über die sich die jeweilige Netzebene erstreckt. Bei der Ermittlung der geographischen Fläche ist auf die Statistik der Statistischen Landesämter zurückzugreifen. Wird eine Gemeinde von mehreren Netzbetreibern versorgt, sind lediglich die entsprechenden Flächenanteile zu berücksichtigen und anzugeben.
6	Anzahl Anschlusspunkte von Letztverbrauchern getrennt nach Netzebenen, H5S, HS, MS, NS	Anzahl	Netzanschlusspunkte sind Anschlusspunkte, an denen eine Übergabe an Letztverbraucher und Objekt- und Arealnetze stattfindet. Dies umfasst auch kundeneigene Stationen und Umspannstationen. Anschlusspunkte in der Niederspannung sind die Hausanschlüsse. (siehe auch Grafik unten)
7	Anzahl Anschlusspunkte von nachgelagerten fremden Wollervorteilern getrennt nach Netzebenen, H5S, HS, MS	Anzahl	Netzanschlusspunkte sind Anschlusspunkte, an denen eine Übergabe an fremde nachgelagerte Netzebenen stattfindet. Dies umfasst auch Stationen und Umspannstationen der Wollervorteiler.
8	Anzahl Anschlusspunkte von nachgelagerten eigenen Netzen getrennt nach Netzebenen, H5S, HS, MS	Anzahl	Netzanschlusspunkte sind Anschlusspunkte, an denen eine Übergabe an eigene nachgelagerte Netzebenen stattfindet.
9	Anzahl Anschlusspunkte von gleichen fremden Netzebenen getrennt nach Netzebenen, H5S, HS, MS, NS	Anzahl	Netzanschlusspunkte sind Anschlusspunkte, an denen eine Übergabe an benachbarte Netzebenen stattfindet.

10	Zeitgleiche Jahreshöchstlast über alle Entnahmen nach Umspannebenen, H0S/HS, HS/MS, MS/NS	kW	<p>Zeitgleiche Jahreshöchstlast ist die höchste zeitgleiche Summe der viertelstündlichen Leistungswerte aller Entnahmen aus einer Umspannebene.</p> <p>Entnahmen sind Abgaben an Letztverbraucher, Objekt- und Arealnetze, Weiterverleiher und - die Niederspannungsebene ausgenommen - an die nachgelagerte Netz- und Umspannebene.</p> <p>Die Zeitgleichheit ist bezogen auf die jeweilige Umspannebene, d. h. die Höchstwerte können in den einzelnen Umspannebenen zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftreten.</p>
11	Stromkreislänge der Freileitungen getrennt nach Netzebenen, H0S, HS, MS, NS	km	<p>Systemlänge (Gesamtheit der drei Phasen L1+L2+L3) der Freileitungen in den Netzebenen NS, MS und HS (Beispiel: wenn L1 = 1km, L2 = 1km und L3 = 1km, dann Stromkreislänge = 3km). Bei unterschiedlichen Phasenlängen ist die durchschnittliche Länge in km zu ermitteln. Die Anzahl der pro Phase verwendeten Leiter ist für die Stromkreislänge unmaßgeblich.</p> <p>Die Stromkreislänge erstreckt sich auch auf gepachtete, gemietete oder anderweitig dem Netzbetreiber überlassene Freileitungen, soweit diese vom Netzbetreiber betrieben werden. Geplante, in Bau befindliche sowie stillgelegte Freileitungen sind nicht zu berücksichtigen. Leitungen in Bruchteilnutzung sind bei der Berechnung der Netzlänge mit voller Kilometerzahl anzusetzen.</p> <p>Die Stromkreislänge in der Netzebene Niederspannung ist einschließlich der Hausanschlussleitungen und ohne Leitungen von Straßenbeleuchtungsanlagen anzugeben.</p> <p>Leitungen über 36 kV mit Transportfunktion und Hochspannungsentgelt können bei der Hochspannung angegeben werden.</p>
12	[bezogen auf lfd. Nr. 8] davon prozentualer Fremdnutzungsanteil der H0S, HS Freileitungen im Bruchteilseigentum	%	<p>Den prozentualen Fremdnutzungsanteil der Leitung der Bruchteilnutzung (BN) müssen Sie auf jeweils alle Anlagen bezogen angeben.</p> <p>Zwei Beispiele:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wird eine Freileitung durch einen Netzbetreiber zu 60 % alleine genutzt und befinden sich die anderen 40 % in Bruchteilseigentum, dann ist eine Bruchteilnutzung von 40 % anzugeben. 2. Es seien zwei Freileitungen, von denen die eine durch einen Netzbetreiber vollständig alleine und die andere zu 60 % alleine genutzt wird und befinden sich die anderen 40 % im Bruchteilseigentum, dann ergibt sich eine Bruchteilnutzung von 20 %. <p><u>Bruchteilseigentum:</u> Zur eigenen Verfügung stehende Leitungen oder Umspannebenen im Rahmen des Bruchteilseigentums: die Summe der Streckenabschnitte einer Netzebene bzw. der installierten Transformatorleistung einer Umspannebene, deren Kapazitäten (per Eigentum, o.ä.) zwischen zwei oder mehreren Netzbetreibern aufgeteilt sind und über die der Netzbetreiber nur anteilig neben Dritten verfügt.</p>
13	Stromkreislänge Kabel getrennt nach Netzebenen, H0S, HS, MS, NS	km	<p>Die Stromkreislänge der Kabel getrennt nach Netzebenen ist die Systemlänge (Gesamtheit der drei Phasen L1+L2+L3) der Kabel in den Netzebenen NS, MS und HS (Beispiel: Wenn L1 = 1km, L2 = 1km und L3 = 1km, dann Stromkreislänge = 3km). Bei unterschiedlichen Phasenlängen ist die durchschnittliche Länge in km zu ermitteln. Die Anzahl der pro Phase verwendeten Kabel ist für die Stromkreislänge unmaßgeblich.</p> <p>Die Stromkreislänge erstreckt sich auch auf gepachtete, gemietete oder anderweitig dem Netzbetreiber überlassene Kabel, soweit diese vom Netzbetreiber betrieben werden. Geplante, in Bau befindliche, verpachtete sowie stillgelegte Kabel sind nicht zu berücksichtigen. Leitungen in Bruchteilnutzung sind bei der Berechnung der Netzlänge mit voller Kilometerzahl anzusetzen.</p> <p>Die Stromkreislänge in der Netzebene Niederspannung ist einschließlich Hausanschlussleitungen und ohne Leitungen von Straßenbeleuchtungsanlagen anzugeben.</p> <p>Leitungen über 36 kV mit Transportfunktion und Hochspannungsentgelt können bei der Hochspannung angegeben werden.</p>
14	[bezogen auf lfd. Nr. 10] davon prozentualer Fremdnutzungsanteil der H0S, HS Kabelleitungen im Bruchteilseigentum	%	<p>Den prozentualen Fremdnutzungsanteil der Leitung der Bruchteilnutzung (BN) müssen Sie auf jeweils alle Anlagen bezogen angeben.</p> <p>Zwei Beispiele:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wird eine Kabelleitung durch einen Netzbetreiber zu 60 % alleine genutzt und befinden sich die anderen 40 % in Bruchteilseigentum, dann ist eine Bruchteilnutzung von 40 % anzugeben. 2. Es seien zwei Kabelleitungen, von denen die eine durch einen Netzbetreiber vollständig alleine und die andere zu 60 % alleine genutzt wird und befinden sich die anderen 40 % im Bruchteilseigentum, dann ergibt sich eine Bruchteilnutzung von 20 %. <p><u>Bruchteilseigentum:</u> Zur eigenen Verfügung stehende Leitungen oder Umspannebenen im Rahmen des Bruchteilseigentums: die Summe der Streckenabschnitte einer Netzebene bzw. der installierten Transformatorleistung einer Umspannebene, deren Kapazitäten (per Eigentum, o.ä.) zwischen zwei oder mehreren Netzbetreibern aufgeteilt sind und über die der Netzbetreiber nur anteilig neben Dritten verfügt.</p>
15	Anzahl Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen getrennt nach Netzebenen, H0S, HS, MS, NS	Anzahl	<p>Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen getrennt nach Netzebenen sind Einspeisepunkte, in denen dezentrale Einspeisungen in das eigene Netz erfolgen (Notze, für die der Netzbetreiber die wirtschaftliche Verantwortung besitzt).</p>

16	(bezogen auf lfd. Nr. 12) davon Einspeisepunkte NS von EEG-Anlagen, die auch Anschlusspunkte NS sind	Anzahl	Einspeisepunkte, in denen dezentrale Einspeisungen in das eigene Netz erfolgen und die darüber hinaus auch Netzanchlusspunkte sind, an denen eine Übergabe an Letztverbraucher und Objekt- und Arealnetze stattfindet
17	Installierte Leistung der Umspannebenen je Umspannebene	kVA	<p>Summe der Bemessungsscheinleistungen aller installierten Transformatoren in der jeweiligen Umspannebene.</p> <p>Eine Anlage gilt als installiert, wenn sie in den laufenden Betrieb des Stromnetzes eingebunden ist und insoweit verwendet wird. Als nicht installiert gelten Reservetransformatoren, geplante, in Bau befindliche sowie stillgelegte Anlagen. Kundeneigene Transformatoren sind nicht zu berücksichtigen. Die Bemessungsscheinleistung von Transformatoren in Bruchteilsnutzung ist bei der Berechnung vollständig mit einzubeziehen.</p> <p>Ist die installierte Bemessungsscheinleistung nicht bekannt, ist diese geeignet zu schätzen bzw. die vertraglich vereinbarte maximale Leistung anzugeben.</p>
18	(bezogen auf lfd. Nr. 14) davon prozentualer Fremdnutzungsanteil der installierten Leistung im Bruchteilseigentum	%	<p>Den prozentualen Fremdnutzungsanteil der Leistung der Bruchteilsnutzung (BN) müssen Sie auf jeweils alle Anlagen bezogen angeben.</p> <p><u>Beispiel:</u> Wird die installierte Leistung der Umspannebene durch einen Netzbetreiber zu 60 % alleine genutzt und befinden sich die anderen 40 % in Bruchteilseigentum, dann ist eine Bruchteilsnutzung von 40 % anzugeben.</p> <p>Der Fremdnutzungsanteil ist an der installierten Bemessungsscheinleistung zu messen.</p> <p><u>Bruchteilseigentum:</u> Zur eigenen Verfügung stehende Leitungen oder Umspannebenen im Rahmen des Bruchteilseigentums: die Summe der Streckenabschnitte einer Netzebene bzw. der installierten Transformatorleistung einer Umspannebene, deren Kapazitäten (per Eigentum, o.ä.) zwischen zwei oder mehreren Netzbetreibern aufgeteilt sind und über die der Netzbetreiber nur anteilig neben Dritten verfügt.</p>
19	Anzahl Umspannstationen getrennt nach Umspannebenen	Anzahl	Anlagen mit eigenen Transformatoren, in denen die Spannung elektrischer Energie zwischen zwei Spannungsebenen (§ 2 Nr. 7 StromNEV) oder innerhalb einer Netzebene geändert wird, einschließlich der Ortsnetzstationen.
20	(bezogen auf lfd. Nr. 16) davon prozentualer Fremdnutzungsanteil der Umspannstationen im Bruchteilseigentum	%	<p>Den prozentualen Fremdnutzungsanteil der Leistung der Bruchteilsnutzung (BN) müssen Sie auf jeweils alle Anlagen bezogen angeben.</p> <p><u>Zwei Beispiele:</u> 1. Wird eine Umspannstation durch einen Netzbetreiber zu 60 % alleine genutzt und befinden sich die anderen 40 % in Bruchteilseigentum, dann ist eine Bruchteilsnutzung von 40 % anzugeben. 2. Es seien zwei Umspannstationen, von denen die eine durch einen Netzbetreiber vollständig alleine und die andere zu 60 % alleine genutzt wird und befinden sich die anderen 40 % im Bruchteilseigentum, dann ergibt sich eine Bruchteilsnutzung von 20 %.</p> <p>Der Fremdnutzungsanteil ist an der installierten Bemessungsscheinleistung der eigenen Transformatoren in den Umspannstationen zu messen.</p> <p><u>Bruchteilseigentum:</u> Zur eigenen Verfügung stehende Leitungen oder Umspannebenen im Rahmen des Bruchteilseigentums: die Summe der Streckenabschnitte einer Netzebene bzw. der installierten Transformatorleistung einer Umspannebene, deren Kapazitäten (per Eigentum, o.ä.) zwischen zwei oder mehreren Netzbetreibern aufgeteilt sind und über die der Netzbetreiber nur anteilig neben Dritten verfügt.</p>
21	Anzahl Transformatoren getrennt nach Umspannebenen	Anzahl	<p>Anzahl der installierten Transformatoren, die sich in einer Umspannstation oder einer Regelstation innerhalb des Netzes im laufenden Betrieb befinden.</p> <p>Eine Anlage gilt als installiert, wenn sie in den laufenden Betrieb des Stromnetzes eingebunden ist und insoweit verwendet wird. Als nicht installiert gelten Ersatztransformatoren in Lagerbeständen des Netzbetreibers und Transformatoren, die in Umspann- oder Netzstationen mit den übrigen Anlagenteilen galvanisch verbunden sind und bei Ausfall eines Betriebstransformators durch Umschaltung die Versorgung übernehmen (Reservetransformatoren). Darüber hinaus gelten als nicht installiert geplante, in Bau befindliche sowie stillgelegte Anlagen. Transformatoren in Bruchteilsnutzung sind bei der Berechnung der Anzahl mit anzusetzen. Kundeneigene Transformatoren sind nicht zu berücksichtigen.</p>

WE = Wohneinheit
 GE = Gewerbeeinheit
 HA = Hausanschluss

MS/N-Netzstation (ONS)

HA HA HA ...

NS-Leitung

Direktversorgung (GE-ONS)

Anmerkung:
Den o.g. Definitionen zufolge sind – für den rotmarkierten Bereich – folgende Angabe zur Anzahl von Anschlußpunkten zu machen:
Anzahl Anschlußpunkte von Letztverbrauchern: 1
Anzahl Entnahmestellen: 6

lfd.Nr.	Name der Variablen	Einheit	Definition
1	Druckbereich		Auslegungsdruck (Nennndruck) von Anlagen in der Gasversorgung. Hierzu zählen alle Anlagenkomponenten, die zum Transport und zur Verteilung von Gas notwendig sind. Die Druckbereiche sind unterteilt in: Niederdruck ≤ 100 mbar Mittelndruck
2	Angabe der versorgten Fläche (entspricht dem Konzessionsgebiet abzüglich nicht versorgter Flächen wie bspw. Wälder, Seen, Flüsse und nicht erschlossene Gebiete)	km ²	Versorgte Fläche bezeichnet diejenige Fläche innerhalb des erschlossenen Gebiets, die über das Gasversorgungsnetz versorgt wird und auf der amtlichen Statistik zur Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung der Statistischen Landesämter beruht.
3	Anzahl Ausspeisepunkte an Letztverbraucher getrennt nach Druckbereichen	Anzahl	Ausspeisepunkte, an denen Gas an Letztverbraucher ausgespeist wird. Dies umfasst auch kundeneigene Anlagen.

4	Anzahl Ausspeisepunkte an nachgelagerte fremde Netze (z.B. Weiterverteilern, Speicher und Sonstige) getrennt nach Druckbereichen	Anzahl	Ausspeisepunkte, an denen Gas an nachgelagerte Netznutzer, z.B. Weiterverteilern, ausgespeist wird.
5	Anzahl Ausspeisepunkte an nachgelagerte eigene Netze (Netzzeile, Speicher und Sonstige) getrennt nach Druckbereichen	Anzahl	Ausspeisepunkte, an denen Gas in nachgelagerte Netze ausgespeist wird, zuzüglich der Ausspeisepunkte zur Ausspeisung von Gas in eigene Speicher, Hubs oder Misch- und Konversionsanlagen (vgl. dazu auch § 3 Nr. 1b EnWG).
6	Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Ausspeisungen	mm ³ / h sowie kWh / h	Die zeitgleiche Jahreshöchstlast ist die höchste zeitgleiche Summe der Leistungswerte aller Ausspeisungen aus einem Gasversorgungsnetz. Die zeitgleiche Jahreshöchstlast ist als Stundenwert volumetrisch in Normkubikmetern (mm ³ / h) sowie energetisch in Kilowattstunden (kWh).
7	Konzessionsgebiet	km ²	Summe aller Flächen, für die ein Vertrag zwischen einer Gemeinde und dem Netzbetreiber zur Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen und Anlagen, die der unmittelbaren Versorgung von
8	AGS der versorgten Gemeinden und Städte	Gemeindeschlüssel	Ämtlicher Gemeindeschlüssel (AGS): achtstellige Ziffernfolge zur Identifizierung politisch selbständiger Gemeinden oder gemeindefreier Gebiete, die von den Statistischen Landesämtern einheitlich vergeben wird.
9	Netzlänge getrennt nach Druckbereichen	km	Netzlänge der Rohrleitungen eines Gasversorgungsnetzes ohne Hausanschlussleitungen in Kilometern, die bereits zum Zwecke des Transports von Gas bzw. der Versorgung von Kunden mit Gas in Betrieb genommen worden sind.
10	Fremdnutzungsanteil der Netzlängen getrennt nach Druckbereichen	km	Anteil an den Rohrleitungen eines Gasversorgungsnetzes ohne Hausanschlussleitungen, der durch Dritte genutzt wird. Für die Bemessung des Fremdnutzungsanteils ist der durchschnittliche Anteil der relativen Kapazitätsrechte entsprechend der vertraglichen Kapazität.
11	Länge der Hausanschlussleitungen getrennt nach Druckbereichen	km	Hausanschlussleitung (HAL): Verbindung zwischen der kundeneigenen Anlage und dem Energieversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung gem. § 3 Nr. 17 EnWG. Für die Hausanschlussleitung sind die Netzlängen in Ansatz zu bringen, die i.S.v. § 6 Niederdruckanschlussverordnung
12	Anschlussgrad	%	Verhältnis aller aktiven Ausspeisepunkte im Bestandsnetz (a) zu allen aktuellen Versorgungsobjekten (durch den Netzbetreiber erschlossen und nicht erschlossen) im Konzessionsgebiet (b) zu (b): Gesamtzahl aller aktuellen Versorgungsobjekte im Konzessionsgebiet.
13	Aktueller Erschließungsgrad	%	Verhältnis aller maximal anschließbaren Ausspeisepunkte im Bestandsnetz (c) zu allen aktuellen Versorgungsobjekten (durch den Netzbetreiber erschlossen und nicht erschlossen) im Konzessionsgebiet (b) zu (c): Gesamtzahl aller aktuellen Versorgungsobjekte im Konzessionsgebiet.

Legende:

HS Hochspannung
MS Mittelspannung
NS Niederspannung

HD Hochdruck (über alle Druckbereiche insgesamt)
MD Mitteldruck
ND Niederdruck

Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts

- ENTWURF -

Satzung

**der Gemeinden Rastede und Wiefelstede
über die gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts**

„Ausschreibungsverbund Ammerland“

Auf Grundlage der §§ 1 und 3 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 19. Februar 2004 (Nds.GVBl. S. 63), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.10.2011 (Nds.GVBl. S. 353), sowie §§ 10, 141 und 142 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. d. F. v. 17.12.2010 (Nds.GVBl. S. 576) geben sich die beteiligten Trägerkörperschaften die nachfolgende Unternehmenssatzung:

§ 1 Name und Sitz

1. Der Ausschreibungsverbund Ammerland ist eine selbständige Einrichtung der (Träger-) Gemeinden Rastede und Wiefelstede in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (sog. gemeinsame kommunale Anstalt, § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 u. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NKomZG). Sie wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieser Satzung geführt.
2. Die gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts führt den Namen

„Ausschreibungsverbund Ammerland“

mit dem Zusatz „gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts“ (gkAöR). Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- u. Rechtsverkehr auf. Die Kurzbezeichnung lautet „Ausschreibungsverbund Ammerland gkAöR“.
3. Die Anstalt hat ihren Sitz in der Gemeinde Rastede.

§ 2 Gegenstand und Zweck der Anstalt

1. Die gemeinsame kommunale Anstalt dient dem öffentlichen Zweck der „Bündelung von Ausschreibungsverfahren für Konzessionsverträge der Trägergemeinden“ sowie deren „Versorgungssicherung mit Energie“. Die Anstaltsträger beauftragen die gemeinsamen kommunale Anstalt in diesem Zusammenhang
 - (a) mit der Vorbereitung und der Durchführung des Verfahrens zur Neuvergabe ihrer Strom- u. Gas-Konzessionsverträge für die jeweiligen Gemeindegebiete zum 01. Januar 2014 mit einer Laufzeit von 20 Jahren gemäß § 46 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) im Namen ihrer Anstaltsträger und im Wege einer Bündelausschreibung (nachfolgend „Vergabeverfahren“),
 - (b) mit der (möglichen) Beteiligung an einer ggf. zu gründenden gemeinsamen Gesellschaft mit demjenigen Energieversorgungsunternehmen, welchem der Zuschlag im Vergabeverfahren für die Vergabe der Konzessionsverträge in Gestalt einer sog. „Beteiligungslösung/Kooperation“ erteilt wird.
 2. Die gemeinsame kommunale Anstalt ist als selbständige juristische Person dazu berechtigt, sich zur Erfüllung der ihr überantworteten Aufgaben an anderen Unternehmen zu beteiligen, wenn es dem Anstaltszweck dient. Dabei stellt die Anstalt sicher, dass die Voraussetzungen des § 141 i.V.m. § 137 NKomVG beachtet werden. Nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Voraussetzungen und den Bestimmungen dieser Satzung kann die Anstalt die in Absatz 1 näher bezeichneten Aufgabe auch für andere Städte und Gemeinden (Dritte) wahrnehmen und / oder mit der Wahrnehmung anderer / weiterer Aufgaben ihrer Trägerkommunen betraut werden.
 3. Das Versorgungs- und Aufgabengebiet der Anstalt entspricht dem Gebiet ihrer Trägerkörperschaften. Die Anstalt wird für weitere Kommunen tätig, soweit die Anstalts-träger Vereinbarungen mit Dritten über die Aufgabendurchführung getroffen haben.
-

§ 3

Aufgabendurchführung und Befugnisse

1. Die Anstaltsträger bevollmächtigen die gemeinsame kommunale Anstalt mit der Erfüllung der durchzuführenden Aufgaben gemäß § 2 und erteilen ihr die Befugnis Konzessionsverträge für das jeweilige Gemeindegebiet im ausschließlichen Namen des einzelnen Anstaltsträgers abzuschließen. Aus diesen Konzessionsverträgen werden die Anstaltsträger allein berechtigt und verpflichtet und erhalten die Konzessionsabgaben.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Anstalt alle erforderlichen Maßnahmen treffen. Sie ist u. a. berechtigt, sämtliche Erklärungen im Zusammenhang mit der Vergabe der Konzessionsverträge im Namen der Anstaltsträger abzugeben. Ihr obliegt ferner die eigenverantwortliche Vorbereitung, die Gestaltung, der Ablauf und die Durchführung des Vergabeverfahrens, einschließlich der Festlegung der Kriterien der Bieterauswahl, die Durchführung erforderlicher Bekanntmachungen, die Angebotsauswertung und die Zuschlagserteilung im Namen der Anstaltsträger. Die Anstalt wird auch – soweit zulässig – Rechtsstreitigkeiten gegen Bieter im Namen der Anstaltsträger führen.

2. Die Anstalt ist verpflichtet, die Vergabe für die Strom- und Gasversorgung nach den gesetzlichen Vorgaben des § 46 EnWG sowie den für Dienstleistungskonzessionen festgelegten Grundsätzen in einem transparenten, diskriminierungsfreien und wettbewerblichen Verfahren durchzuführen.

Das Vergabeverfahren soll im Wege einer Bündelausschreibung durchgeführt und so ausgestaltet werden, dass potentielle Bieter neben dem Abschluss eines Konzessionsvertrages den Anstaltsträgern auch eine „Beteiligungslösung/Kooperation“ anbieten können sollen. Dabei soll eine (mögliche) Beteiligung an einer mit dem Bestbieter ggf. zu gründenden Gesellschaft von der Anstalt eingegangen werden, in welcher deren angemessener Einfluss nach Maßgabe von § 137 Abs. 1 Nr. 6 NKomVG gesichert wird, um die kommunalen Interessen der Träger an einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung im Anstaltsgebiet zu gewährleisten.

§ 4

Stammkapital

1. Das Stammkapital der gemeinsamen kommunalen Anstalt beträgt 25.000,- EUR (in Worten: fünfundzwanzigtausend)
2. Die Träger und Stammeinlagen werden wie folgt benannt:

- die Gemeinde Rastede	13.970 EUR (55,88 %)
- die Gemeinde Wiefelstede	11.030 EUR (44,12 %)
3. Die Stammeinlagen nach Absatz 2 sind von den Anstaltsträgern jeweils binnen eines Monats nach der Bekanntmachung dieser Satzung in bar und jeweils in voller Höhe an die gemeinsame kommunale Anstalt zu leisten.
4. Die Anstalt haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen.

§ 5

Organe

1. Organe der gemeinsamen kommunalen Anstalt sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.
 2. Sämtliche Mitglieder der Organe der Anstalt sind zur Verschwiegenheit über alle vertraulichen Angelegenheiten sowie über alle Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der gemeinsamen Anstalt verpflichtet. Diese Pflicht besteht für die Mitglieder auch nach
-

ihrem Ausscheiden aus den Anstaltsorganen fort. Sie gilt nicht gegenüber den Organen der jeweils entsendenden Trägerkommunen.

3. Die Mitwirkungsverbote des § 41 NKomVG gelten entsprechend.

§ 6 Vorstand

1. Der Vorstand der Anstalt besteht aus maximal zwei alleinvertretungsberechtigten Mitgliedern, die sich gegenseitig vertreten. Er wird vom Verwaltungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Erneute Bestellungen sind zulässig.
2. Die Abberufung des Vorstandes aus wichtigem Grund ist jederzeit möglich.
3. Der Vorstand wird durch seinen Vorsitzenden oder - im Falle seiner Verhinderung - durch seinen Stellvertreter vertreten. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich, soweit nicht gesetzlich oder durch diese Satzung anderes bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
4. Der Vorstand leitet die Anstalt in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Satzung, den einschlägigen Rechtsvorschriften und nach den Beschlüssen des Verwaltungsrates. Er übt die Funktion des Dienstvorgesetzten aus.
5. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat über alle wichtigen Vorgänge rechtzeitig zu unterrichten und auf Anforderung dem Verwaltungsrat über alle Angelegenheiten der Anstalt Auskunft zu geben. Er hat dem Verwaltungsrat regelmäßig Zwischenberichte über die Abwicklung des Vermögens- u. Erfolgsplanes schriftlich vorzulegen und mitzuteilen, wenn erfolgsgefährdende Mindererträge/Mehraufwendungen zu erwarten sind. Sind Verluste zu erwarten, die Auswirkungen auf den Haushalt der Anstaltsträger haben können, sind diese und der Verwaltungsrat unverzüglich darüber zu unterrichten.

§ 7 Verwaltungsrat Zusammensetzung und Rechtsverhältnisse

1. Der Verwaltungsrat besteht aus 4 Mitgliedern. Jeder Anstaltsträger entsendet je zwei Personen in den Verwaltungsrat. Dies sind der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte (Bürgermeister) sowie je ein amtierendes Mitglied des Gemeinderates einer jeden Trägerkörperschaft. Für den Fall, dass einer der Hauptverwaltungsbeamten zum Vorstand der Anstalt bestellt wird, ist stellvertretend ein anderer Gemeindebediensteter zu benennen, der vom jeweiligen Gemeinderat als Mitglied des Verwaltungsrats für diesen Hauptverwaltungsbeamten entsandt wird.
 2. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte eine(n) Vorsitzende(n) sowie eine(n) Stellvertreter(in). Die Wahlzeit beträgt jeweils fünf Jahre.
 3. Mitglieder des Verwaltungsrats, die zugleich dem Gemeinderat eines Anstaltsträgers angehören, werden vom Rat des sie entsendenden Anstaltsträgers für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrates endet mit dem Ende ihrer Wahlzeit und/oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat oder aus dem Amt. Sie können von dem entsendenden Anstaltsträger durch Ratsbeschluss abberufen werden. Ausscheidende Verwaltungsratsmitglieder üben ihr Amt bis zur Bestellung eines Nachfolgers weiter aus, sofern der Rat der entsendenden Trägergemeinde nichts anderes bestimmt.
 4. Der Verwaltungsrat ist befugt zur Aufgabenwahrnehmung Ausschüsse zu bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festsetzen. Die Ausschüsse werden ggf. nach Maßgabe einer Geschäftsordnung tätig, die sie sich selbst geben. Ihnen können auch Entscheidungsbefugnisse übertragen werden.
-

5. Der/Die Verwaltungsratsvorsitzende hat den Anstaltsträgern und deren Organen auf Verlangen Auskunft über alle wichtigen Angelegenheiten der Anstalt zu geben.
6. Sitzungsgelder und/oder Entschädigungen werden nicht gezahlt.

§ 8

Zuständigkeit des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat fördert, berät und überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Er ist gegenüber dem Vorstand weisungsbefugt und kann diesem im Einzelfall durch Beschluss weitere Aufgaben zuweisen.
2. Der Verwaltungsrat entscheidet über
 - a) die Bestellung / Abberufung der Vorstandsmitglieder und deren Entlastung;
 - b) die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes;
 - c) die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses;
 - d) die Bestellung eines Abschlussprüfers;
 - e) die Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung;
 - f) Änderungen der Unternehmenssatzung und des Kostenverteilungsschlüssels nebst Erhöhung des Stammkapitals und Änderung der Stammeinlagen;
 - g) wesentliche Änderungen des Betriebsumfangs der Anstalt, insbesondere die Übernahme neuer/weiterer Aufgaben;
 - h) die unmittelbare/mittelbare Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen sowie die gänzliche/teilweise Veräußerung/sonstiger Aufgabe von Beteiligungen
 - i) die Zuschlagsentscheidung an den Bestbieter im Vergabeverfahren;
 - j) Unterstützungsleistungen der Anstaltsträger i. S. v. § 144 NKomVG;
 - k) die Bildung von Ausschüssen
3. Entscheidungen in den Fällen Absatz 2 lit. f), g), h), i) und j) bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gemeinderäte aller Anstaltsträger. Vor den Entscheidungen sind die Räte der Trägergemeinden rechtzeitig zu informieren. § 152 Abs. 3 NKomVG ist jeweils zu beachten.
4. Gegenüber dem Vorstand vertritt der/die Vorsitzende des Verwaltungsrates die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Er vertritt die Anstalt auch, soweit ein Vorstand nicht vorhanden oder der Vorstand handlungsunfähig ist. Der Verwaltungsrat kann jederzeit Berichterstattung über alle Angelegenheiten der Anstalt vom Vorstand verlangen.

§ 9

Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat tritt nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich auf Ladung der/des Vorsitzenden zusammen. Er muss außerdem einberufen werden, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt. Die Ladung erfolgt schriftlich und unter Angabe der Tagesordnung sowie Ort und Zeitpunkt der Sitzung. Die Ladungsfrist beträgt zwei
-

Wochen und kann in dringenden Fällen auf 48 Stunden verkürzt werden. Die Beschlussfassung im alternativen Umlaufverfahren ist möglich.

2. Der Vorstand nimmt auf Einladung des Verwaltungsrates an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil. Ihm ist auf Verlangen das Wort zu erteilen. Der Verwaltungsrat kann den Vorstand von der Sitzung durch Beschluss ausschließen, sofern ein oder mehrere konkrete Beratungsgegenstände es aus seiner Sicht erfordern.
3. Jede Trägerkörperschaft hat eine Stimme je EURO entsprechend ihrem Anteil am Kostenverteilungsschlüssel gem. **Anlage 1**. Die Vertreter einer Trägerkörperschaft können nur einheitlich abstimmen, anderenfalls ist ihre Stimmabgabe ungültig.
4. Der Verwaltungsrat entscheidet über die Beschlussgegenstände nach § 8 Abs. 2, lit. f), g), h), i) und j) jeweils einstimmig. Stimmberechtigt sind hinsichtlich dieser Beschlussgegenstände insoweit auch die gem. Anlage 1 (Kostenverteilungsschlüssel) im Übrigen stimmrechtslosen Trägerkörperschaften.
5. Der Verwaltungsrat entscheidet im Übrigen mit der einfachen Stimmenmehrheit seiner Mitglieder, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen. Unabhängig von der sich aus § 5 Abs 2 ergebenden Stimmenmehrheit müssen indes zusätzlich mindestens drei Trägerkommunen positiv abgestimmt haben. Stimmenenthaltungen sind zulässig. Sie zählen zwar bei Bestimmung der Beschlussfähigkeit, nicht aber bei Bestimmung der Mehrheiten mit. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
6. Die Sitzungen des Verwaltungsrats werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats geleitet. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Im Einzelfall kann der Verwaltungsrat die Öffentlichkeit der Sitzung zulassen.
7. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder bzw. Stellvertreter anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange die fehlende Beschlussfähigkeit nicht festgestellt ist. Über andere als in der Einladung angegebene Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn
 - a) die Angelegenheit dringlich ist und der Verwaltungsrat der Verhandlung mehrheitlich zustimmt oder
 - b) sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats (bzw. Vertreter) anwesend sind und kein Mitglied der Beschlussfassung widerspricht.

Wird der Verwaltungsrat wegen Beschlussunfähigkeit zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Beschlussgegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl seiner erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Bei der zweiten Ladung muss auf diese Folge ausdrücklich hingewiesen werden.

8. Über die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese wird vom Vorsitzenden unterzeichnet und dem Verwaltungsrat spätestens in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

§ 10

Kosten und Unterstützungsleistungen

1. Alle für die Errichtung und den fortlaufenden Betrieb der Anstalt getätigten finanziellen Aufwendungen sind Kosten der Anstalt. Hierzu zählen insbesondere Personal- Sach- und Beratungskosten, Kosten für die Übernahme von Gesellschaftsanteilen und sonstige Betriebskosten der Anstalt.
 2. Die Anstaltsträger unterstützen die Anstalt durch die Übernahme des im Wirtschaftsplan der Anstalt festgelegten Zuschussbedarfs für die Errichtung und den Betrieb der
-

Anstalt. Sofern das bereitgestellte Budget nicht ausreicht, besteht kein weitergehender Anspruch auf Finanzmittel.

3. Die beteiligten Anstaltsträger zahlen der Anstalt nach Maßgabe ihres Haushaltsplan für das jeweilige Wirtschaftsjahr die auf sie jeweils entfallenden Unterstützungsleistungen nach Maßgabe des als **Anlage 1** der Satzung beigefügten Kostenverteilungsschlüssels.
4. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses stellt der Verwaltungsrat auch die von der jeweiligen Trägerkörperschaft zu erbringende Unterstützungsleistung der Höhe nach fest. Ein Rechtsanspruch der Anstalt gegenüber den Anstaltsträgern, weitere Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, besteht nicht (§ 144 NKomVG).

§ 11

Verpflichtungserklärungen

1. Alle Verpflichtungserklärungen bedürfen der Schriftform. Grundsätzlich erfolgt die Unterzeichnung durch den Vorstand, im Übrigen durch jeweils Vertretungsberechtigte unter dem Namen „Ausschreibungsverbund Ammerland gkAöR“.
2. Der Vorstand unterzeichnet ohne Beifügung eines Vertretungszusatzes; sein Stellvertreter mit dem Zusatz „In Vertretung“, andere Vertretungsberechtigte mit dem Zusatz „Im Auftrag“.

§ 12

Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

1. Die Anstalt ist sparsam und wirtschaftlich und unter Beachtung des öffentlichen Zwecks nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen. Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Es gelten die Bestimmungen des § 147 Abs. 1 NKomVG.
2. Der Vorstand hat den von ihm unterzeichneten Jahresabschluss nebst Lagebericht innerhalb von drei Monaten nach Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres aufzustellen und nach Durchführung der Jahresabschlussprüfung dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen. Sie sind ferner allen Anstaltsträgern so rechtzeitig vorzulegen, dass diese innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres einen konsolidierten Gesamtabschluss aufstellen können.
3. Die Prüfung des Jahresabschlusses der Anstalt obliegt dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland nach Maßgabe der §§ 147 Abs. 1, 157 NKomVG,. Es kann dazu auch Dritte (Wirtschaftsprüfer) mit der Prüfung beauftragen oder im Einvernehmen gestatten, dass deren Beauftragung unmittelbar durch die Anstalt erfolgt.

Die zuständige Stelle kann sich im Rahmen ihrer Aufgaben bei der Anstalt unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einsehen. Ihr stehen ferner die Rechte aus § 53 HGrG zu.

§ 13

Beginn, Dauer und Beendigung

1. Die gemeinsame kommunale Anstalt wird für unbestimmte Zeit begründet. Sie beginnt mit dem In-Kraft-Treten dieser Satzung.
 2. Jede Trägerkommune ist befugt, erstmals im Falle des Scheiterns / der Aufhebung des Vergabeverfahrens ihre Mitgliedschaft in der Anstalt mit einer Frist von einem Monat zum Ende eines Kalendermonats schriftlich aufzukündigen und die durch die Anstalt durchgeführten Aufgaben wieder selbst zu übernehmen. Scheidet ein Anstaltsträger
-

aus, hat er die auf ihn anteilig entfallenden Kosten zu übernehmen, die bis zu seinem Ausscheiden angefallen sind.

3. Jeder Anstaltsträger kann die Auflösung der Anstalt mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres, erstmals jedoch zum Ende der Laufzeit des Konzessionsvertrages verlangen.
4. Im Fall der Auflösung der Anstalt, fällt das Stammkapital nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 paritätisch an die beteiligten Anstaltsträger zurück. Verbindlichkeiten der Anstalt werden in gleicher Weise aufgeteilt, sofern die Anstaltsträger durch ihrer Räte nichts anderes übereinstimmend beschließen. Sofern die Anstalt über weiteres Vermögen verfügt (z.B. Gesellschaftsanteile an einer Gesellschaft), fällt dieses entsprechend des Kostenverteilungsschlüssels nach § 10 Abs. 3 an die jeweiligen Anstaltsträger zurück.

§ 14 **Schlussbestimmungen**

1. Die Satzung wird am Tage nach der letzten Bekanntmachung in der für die beteiligten Trägerkörperschaften vorgesehenen Form wirksam. Bekanntmachungen der Anstalt erfolgen im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
 2. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt. Im Übrigen gelten die allgemeinen Erfordernisse zum Erlass von Satzungen. Änderungen dieser Satzung sind der Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.
-

Eckpunkte zum Verfahren

I.	Allgemeine Vorbemerkung	1
II.	Zielfindung	1
III.	Verfahren	1
IV.	Verfahrensstruktur	2
V.	Zuschlag – Zuschlagskriterien	2
1.	Grundsatz	2
2.	Zuschlagskriterien im Einzelnen	2
a.	Zuschlagskriterien Haupt- und Nebenangebot 1	2
b.	Zuschlagskriterien für das Nebenangebot 2	3
VI.	Punktevergabe	4
1.	Überblick	4
2.	Bepunktung im Einzelnen	4
3.	Gewichtung	5

I. Allgemeine Vorbemerkung

Das Verfahren wird so ausgerichtet, dass die nachfolgenden Ziele der Gemeinde Rastede erreicht werden können. Gleichzeitig hat die Gemeinde die kartell- und energierechtlichen Vorgaben an ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund wird das Verfahren voraussichtlich wie nachfolgend beschrieben abgewickelt. Änderungen bleiben insoweit vorbehalten, als sie erforderlich sind, um sicherzustellen, dass ein Ergebnis erzielt werden kann, welches der Zielfindung entspricht. Bei Änderungen ist allerdings immer das Ergebnis der Zielfindung maßgeblich zu berücksichtigen. Die Absicherung von Mindeststandards zum kommunalfreundlichen Konzessionsvertrag erfolgt bereits durch die Vorgabe von Musterverträgen zu denen nur zu bestimmten Regelungspunkten Nebenangebote zugelassen werden. Mit der bisher vorgesehenen Punkteverteilung und Gewichtung kann erreicht werden, dass ein sehr guter Konzessionsvertrag einen guten Konzessionsvertrag mit einer nur befriedigenden Beteiligungslösung schlagen kann. Diese Gestaltung ist eine Grundanforderung der Kartellbehörden und entspricht im Übrigen auch der Zielfindung.

II. Zielfindung

Nach Auffassung der Kartellbehörden können Leistungen zum Vertrieb und zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energien keine Leistungen sein, die im Zusammenhang mit der Vergabe von Konzessionsverträgen bei der Wertung berücksichtigt werden dürfen. Deshalb wurde die Zielfindung am 18.11.2011 wie folgt angepasst.

1. Hoher Durchschnittsgewinn

2. Geringes Risiko
3. Vermeidung EK-Einbringung
4. Netzsicherheit/Versorgungssicherheit
5. Kommunalfreundlicher Konzessionsvertrag
6. Steuerlicher Querverbund
7. Augenhöhe Partner
8. Offenheit für den Aufbau weiterer Geschäftsfelder (z.B. Vertrieb und Erzeugung)
9. Offenheit für die Einbindung weiterer Partner

An dieser Zielfindung werden die Wertungskriterien ausgerichtet.

III. Verfahren

Bekanntmachung in 2012: Aufforderung zu Interessenbekundungen – jede Sparte wird als eigenes Los ausgeschrieben. Eine gemeinsame Vergabe und Verhandlung mehrerer Lose bleibt vorbehalten.

Auswahl von max. 6 Bietern je Los, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen.

Auswahlkriterien werden voraussichtlich sein:

- beste Erfahrungen
- bestes Konzept Netzbetrieb
- ausreichende Finanzkraft

Nach Eingang der Angebote wird mit jedem Bieter 1 x gesprochen. Nach diesen Gesprächen erfolgt eine vorläufige Auswertung der Angebote. Mit den 4 besten Bietern je Los nach vorläufiger Wertung der Angebote wird ein Verhandlungsverfahren angenähert an einen wettbewerblichen Dialog durchgeführt. Die Auswahl der Bieter erfolgt bereits nach Maßgabe der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien und Gewichtung.

IV. Verfahrensstruktur

- **Hauptangebot:** Muster-Konzessionsvertrag mit ankreuzbaren Alternativen
- **Nebenangebot 1:** Muster-Konzessionsvertrag – wie Hauptangebot – allerdings zusätzlich mit der Möglichkeit weiterer Klauselvorschläge zu unterbreiten.
- **Nebenangebot 2:** Angebot eines Konzessionsvertrages wie Nebenangebot 1 eingebettet in eine Beteiligungslösung.

Verhandlung des Nebenangebotes 2 im Rahmen eines Verfahrens, angenähert an den wettbewerblichen Dialog, ohne dass wir das Verfahren als solches bezeichnen werden.

In der Leistungsbeschreibung wird das Verfahren und die Vorgehensweise ausführlich dargestellt, damit alle Bieter wissen auf was sie sich einlassen.

V. Zuschlag – Zuschlagskriterien

1. Grundsatz

Es gelten für die Haupt- und Nebenangebote jeweils die gleichen Zuschlagskriterien, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung.

- Wirtschaftlich optimale Leistungserbringung
- Qualität der Leistungserbringung
- Zukunftsfähiges Standortkonzept/Bürgerfreundlichkeit

2. Zuschlagskriterien im Einzelnen

Die Auftraggeber beabsichtigen, dem Bieter, der das unter allen Gesichtspunkten wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, den Zuschlag zu erteilen. Dabei ist in den Grenzen des § 3 KAV das Angebot als das wirtschaftlich günstigste Angebot zu ermitteln, welches das beste Chancen-Risiko-Verhältnis aufweist. Dies ist bei dem Angebot der Fall, welches die meisten Punkte erhält.

a. Zuschlagskriterien Haupt- und Nebenangebot 1

- **Wirtschaftlich optimale Leistungserbringung**
Bewertet wird insbesondere die Höhe der angebotenen Konzessionsabgabe. Daneben oder anstelle der Konzessionsabgaben werden auch die in § 3 Abs. 1 Konzessionsab-

gabenverordnung (KAV) abschließend aufgeführten anderen Leistungen berücksichtigt. Dies sind u.a. Leistungen zur Tragung von Folgekosten, die Mitverlegung kommunaler Leitungen, Zeitpunkt des Vertragsbeginns.

- **Qualität der Leistungserbringung**

Es werden Aussagen des Bieters zum Erhalt und gegebenenfalls zur Verbesserung des bisherigen Stands der Technik bewertet. Positiv wird bewertet, wenn Bieter wirtschaftliche Optimierungspotentiale aufzeigen können, **z.B.** ob Angebote zur Erschließung von Baugebieten, Einsatz neuer Technologien, Beseitigung von Altanlagen, das Einräumen von Sonderkündigungsrechten und Umfang der Übernahme von Auskunftspflichten. Darüber hinaus kommt es im Rahmen dieses Kriteriums darauf an, eine qualitativ hochwertige und ggf. ökologisch optimierte Dienstleistung zu sichern.

- **Zukunftsfähiges Standort- und Unternehmenskonzept / Bürgerfreundlichkeit**

Es wird bewertet, ob das Angebot wirtschaftliche und realisierbare Aussagen zur langfristigen Sicherung einer ständigen Präsenz vor Ort oder einer sonstigen örtlichen Bindung enthält sowie Einflussnahmemöglichkeiten der Auftraggeber auf den Netzbetrieb und einer Kooperation bei der Leitungsverlegung. Insbesondere wird bewertet, ob und wie vorgesehen sein soll, regionale oder lokale Unternehmen in die vorgesehene Aufgabenerfüllung einzubinden.

b. Zuschlagskriterien für das Nebenangebot 2

Es gelten dieselben Zuschlagskriterien wie beim Hauptangebot und Nebenangebot 1, allerdings wird nachfolgend dargestellt, welche Gesichtspunkte des Nebenangebots 2 zusätzlich den jeweiligen Zuschlagskriterien zugeordnet werden.

- **Kriterium 1: Wirtschaftlich optimale Leistungserbringung**

Hinsichtlich der angebotenen Beteiligungslösung gilt zusätzlich Folgendes:

Maßgebliche Bedeutung kommt dabei folgenden Punkten zu:

- Höhe eines angebotenen Ertrages unter Berücksichtigung von Plausibilitätskriterien
- Zu übernehmende Risiken (Kaufpreiskriterien, Haftung etc.)
- Angebote zur Art und Weise und Höhe des einzubringenden Eigenkapitals

Gewertet werden unter diesem Zuschlagskriterium aber auch Angebote zu folgenden Punkten:

- Steuerlicher Querverbund
- Preisgestaltung Netz

- **Kriterium 2: Qualität der Leistungserbringung**

Hinsichtlich der angebotenen Beteiligungslösung gilt zusätzlich Folgendes:

Maßgebliche Bedeutung kommt dabei folgenden Punkten zu:

- Angebote zur Versorgungssicherheit und Erhaltung der Qualität des Leitungsnetzes
- Angebote zum Netzausbau, zur Netzinstandhaltung und Optimierung der Netzinfrastruktur sowie Umweltverträglichkeit des Netzbetriebes und welche Einflussnahmemöglichkeiten der Bieter hierbei der kAÖR/dem Auftraggeber einräumt
- Einfluss der Auftraggeber und/oder der kAÖR/des Auftraggebers auf die Aufgabenerfüllung und die Entscheidungsfindung in der Gesellschaft, insbesondere Verantwortung und Mitbestimmung in der Geschäftsführung

- **Kriterium 3: Zukunftsfähiges Standort- und Unternehmenskonzept / Bürgerfreundlichkeit**

Hinsichtlich der angebotenen Beteiligungslösung gilt zusätzlich Folgendes:

Maßgebliche Bedeutung kommt dabei folgenden Punkten zu:

- Angebote dazu, ob grundsätzlich die Bereitschaft besteht, später die gemeinsame Gesellschaft im Hinblick auf Vertrieb und/oder Erzeugung weiterzuentwickeln
- Angebote zur Offenheit für weitere Partner

VI. Punktevergabe

1. Überblick

- a) Hauptangebot:** maximal 1.500 Punkte je Los (Sparte)
- b) Nebenangebot 1 = verbesserter Konzessionsvertrag:**
maximal zusätzlich 1.000 Punkte je Los (Sparte)
- c) Nebenangebot 2 = Beteiligungslösung inklusive Konzessionsvertrag wie a) und b):**
maximal zusätzlich zu a) und b) weitere 900 Punkte je Los (Sparte)

Die Abgabe des Nebenangebots 2 soll auch möglich sein, wenn der Abschluss eines Konzessionsvertrages zum Hauptangebot nicht verbindlich angeboten wird (Stichwort: Entkoppelung von Hauptangebot und Nebenangebot 2). Das bedeutet aber nur, dass ein Bieter einen Konzessionsvertrag zum Nebenangebot 2 unter der Bedingung anbieten darf, dass er den Zuschlag auf die Beteiligungslösung erhält. Ein solches Angebot wäre zum Haupt- und Nebenangebot 1 unzulässig.

2. Bepunktung im Einzelnen

Angebote	Zuschlagskriterium 1	Zuschlagskriterium 2	Zuschlagskriterium 3
HA - Muster-Konzessionsvertrag ohne zusätzliche Klauseln	500 Punkte	500 Punkte	500 Punkte
Gesamtpunktzahl HA:	1.500 Punkte (Strom und Gas = 3.000 Punkte)		
Muster- Konzessionsvertrag mit Klauseln (Nebenangebot 1)	300 Punkte	400 Punkte	300 Punkte
Gesamtpunktzahl Nebenangebot 1	1.000 Punkte (Strom und Gas = 2.000) + Punkte aus HA (1.500)		
Nebenangebot 2 = Beteiligungslösung	600 Punkte	200 Punkte	100 Punkte
Gesamtpunktzahl NA 2	900 Punkte (Strom und Gas = 1.800 Punkte)		
Maximale Punktzahl für das Nebenangebot 2	HA (1.500) + NA 1 (1.000) + NA 2 (900) = 3.400 Punkte		

3. Gewichtung

Bewertung	Die Leistungen sind kaum übertreffbar und auch von besonderer Bedeutung für die Gemeinde (Sehr gut) oder übertreffbar aber von besonderer Bedeutung für die Gemeinde und kein Standard.	68 - 100 %
	Die Leistungen sind kaum übertreffbar aber von mittlerer Bedeutung für die Gemeinde oder die Leistungen sind von hoher Bedeutung, aber übertreffbar (gut).	34 - 67 %
	Die Leistungen sind üblich, ihre Festschreibung aber für die Kommune nützlich oder die Leistung ist kein Standard aber von keiner besonderen Bedeutung für die Kommune (befriedigend)	1 -33 %
	Die Leistung ist nicht gleichwertig bzw. gleichwertig aber kein „Mehr“	0 %

Die Bedeutung für die Gemeinde leitet sich aus den Zuschlagskriterien ab.

Hauptangebot

Konzessionsvertrag Strom

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit elektrischer Energie im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Elektrizitätsversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3. Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fortschreiben oder anpassen.

Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.

4. Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.
5. Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Elektrizitätsanwendung zu beraten.

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

1. Das EVU ist verpflichtet, die Stromverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnologie (VDE) zu beachten.

Das EVU ist verpflichtet die Niederspannungs- und Mittelspannungskabel unterirdisch zu verlegen.

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über

eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.

7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Stromverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Umspannstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu</p>	<input type="checkbox"/>

Lasten des EVU.	
-----------------	--

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum 30.09. nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vorvorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.
5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.

3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt zum

Alternativposition zum Kriterium der Qualität der Leistungser- bringung	
01.01.2013	<input type="checkbox"/>
01.01.2014	<input type="checkbox"/>

in Kraft und gilt 20 Jahre.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.
6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.

7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens 6 Monate nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:
- Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung
 - Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen oder –kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, die Anzahl der Umspannungsstationen, Messanlagen, Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte
 - Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagenegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr,
 - Tagesneuwerte der Anlagen
 - Höhe der nicht aufgelösten Netzanschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen,
 - zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;
 - Verlustmengen im Netz
 - Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter

- Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren,
 - Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifikunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden),
2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde 50 % der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.
 3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.
 4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

.....

.....

.....
Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Hauptangebot

Konzessionsvertrag Gas

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit Gas im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Gasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3. Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fortschreiben oder anpassen.

Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.

4. Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.
5. Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Gasanwendung zu beraten.

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdische und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

1. Das EVU ist verpflichtet, die Gasverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) zu beachten.

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.

7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Gasverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum 30.09. nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vorvorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.
5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt zum

Alternativposition zum Kriterium der Qualität der Leistungser- bringung	
01.01.2013	<input type="checkbox"/>
01.01.2014	<input type="checkbox"/>

in Kraft und gilt 20 Jahre.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmzeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.
6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflecht-

tungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens 6 Monate nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:
 - Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung
 - Mengengerüst der für den Betrieb des Gasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören: die Länge der zum Netz gehörenden Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckleitungen (falls vorhanden), die Länge der Hausanschlussleitungen, die Anzahl der Gasdruckregelanlagen/Gasverteilerstationen, Messanlagen, die Gasabgabemenge, die Anzahl der Gasübernahmestationen und Odorierungsanlagen, die Anzahl der Hausanschlüsse, die Anzahl der Zähler, die Anzahl der Netzkopplungspunkte
 - Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgliedert nach einzelnen Anlagenegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr,
 - Tagesneuwerte der Anlagen
 - Höhe der nicht aufgelösten Netzanschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Hoch-, Mittel- und Niederdruckanlagen,
 - zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;
 - Verlustmengen im Netz
 - Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter
 - Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren,

- Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifikunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden)
2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde 50 % der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.
 3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.
 4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Gasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Gasverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

.....

.....

.....
Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot

Konzessionsvertrag Strom

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit elektrischer Energie im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Elektrizitätsversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.

2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung :

Der Bieter könnte hier u.a. sonstige zulässige Leistungen nach § 3 Abs. 2 KAV z.B. zur Abwicklung des Kommunalrabatts, Regelungen zur Erschließung von Baugebieten oder zur Kooperation mit der Gemeinde oder Dritten bei der Leitungsverlegung anbieten.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien, wie z.B: smart grid, smart metering umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Elektrizitätsanwendung zu beraten.	

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörenden Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.

2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

<p>Hauptangebot</p>	<p>Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.</p>
<p>1. Das EVU ist verpflichtet, die Stromverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnologie (VDE) zu beachten.</p> <p>Das EVU ist verpflichtet die Niederspannungs- und Mittelspannungskabel unterirdisch zu verlegen.</p>	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.

8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung

1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.	<input type="checkbox"/>
2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.	<input type="checkbox"/>

1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. ☐

Bei einer Beseitigung von Stromverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Umspannstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.

2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach

schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.

3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

1. Dieser Vertrag tritt zum

Alternativposition zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung	
01.01.2013	<input type="checkbox"/>
01.01.2014	<input type="checkbox"/>

in Kraft und gilt 20 Jahre.

- 2.

Nebenangebot zur Qualität der Leistungserbringung: Erwünscht ist, wenn Bieter zugunsten der Kommune ein einseitiges vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, um den Gemeinden die Entscheidung zur möglichen Übernahme der Netze zu einem späteren Zeitpunkt vorzeitig zu ermöglichen.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichter-	

<p>licher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.</p>	
<p>4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.</p>	

<p>Hauptangebot</p>	<p>Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).</p>
<p>5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.</p>	

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate

Nebenangebot unter dem Kriterium der Qualität der Leistungserbringung:
[Monate]

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen oder –kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, die Anzahl der Umspannungsstationen, Messanlagen, Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagengegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzan-schlussbeiträge und Baukostenzu- 	

<p>schüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben; • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifikunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden), 	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
[%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
<p>4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies</p>	

gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.	
-------------------------------------------------------------------------------------------	--

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

.....

.....

.....
Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot Konzessionsvertrag Gas

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit Gas im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Gasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
 2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.
- 2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung :

Der Bieter könnte hier u.a. sonstige zulässige Leistungen nach § 3 Abs. 2 KAV z.B. zur Abwicklung des Kommunalrabatts, Regelungen zur Erschließung von Baugebieten oder zur Kooperation mit der Gemeinde oder Dritten bei der Leitungsverlegung anbieten.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
---------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Gasanwendung zu beraten.	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.
- 3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt.

--

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
1. Das EVU ist verpflichtet, die Gasverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) zu beachten.	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unauf-

schiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauf folgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.

5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.	<input type="checkbox"/>
2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.	

<p>1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Gasverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
<p>Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.</p>	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.

4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

1. Dieser Vertrag tritt zum

Alternativposition zum Kriterium der Qualität der Leistungser- bringung	
01.01.2013	<input type="checkbox"/>
01.01.2014	<input type="checkbox"/>

in Kraft und gilt 20 Jahre.

- 2.

Nebenangebot zur Qualität der Leistungserbringung: Erwünscht ist, wenn Bieter zugunsten der Kommune ein einseitiges vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, um den Gemeinden die Entscheidung zur möglichen Übernahme der Netze zu einem späteren Zeitpunkt vorzeitig zu ermöglichen.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.	
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur mess-

	technische Entflechtung soweit zulässig).
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.	

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.

7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate	Nebenangebot unter dem Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: [Monate]
----------	-------------------------------------------------------------------------------------------

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung
--	----------------------------------------------------------------------------------

<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Gasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören: die Länge der zum Netz gehörenden Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckleitungen (falls vorhanden), die Länge der Hausanschlussleitungen, die Anzahl der Gasdruckregelanlagen/Gasverteilerstationen, Messanlagen, die Gasabgabemenge, die Anzahl der Gasübernahmestationen und Odorierungsanlagen, die Anzahl der Hausanschlüsse, die Anzahl der Zähler, die Anzahl der Netzkopplungspunkte • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagengegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzan-schlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Hoch-, Mittel- und Niederdruckanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben; • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Bedarfsgruppen)) 	
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

und Sondervertragskunden)	
---------------------------	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Gasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Gasverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

..... /

..... /

.....
Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot Konzessionsvertrag Strom

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit elektrischer Energie im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Elektrizitätsversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
 2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.
- 2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung :

Der Bieter könnte hier u.a. sonstige zulässige Leistungen nach § 3 Abs. 2 KAV z.B. zur Abwicklung des Kommunalrabatts, Regelungen zur Erschließung von Baugebieten oder zur Kooperation mit der Gemeinde oder Dritten bei der Leitungsverlegung anbieten.

--

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien, wie z.B: smart grid, smart metering umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Elektrizitätsanwendung zu beraten.	

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörenden Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.

2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.

3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt.

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
<p>1. Das EVU ist verpflichtet, die Stromverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnologie (VDE) zu beachten.</p> <p>Das EVU ist verpflichtet die Niederspannungs- und Mittelspannungskabel unterirdisch zu verlegen.</p>	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errich-	<input type="checkbox"/>

tung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unaufschiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauffolgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.
5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.
- 9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>1. Werden Stromverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Umspannstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Stromverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Umspannstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt.	<input type="checkbox"/>

Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	
Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.
4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt zum

Alternativposition zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung	
01.01.2013	<input type="checkbox"/>
01.01.2014	<input type="checkbox"/>

in Kraft und gilt 20 Jahre.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.	
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kosten-
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	tragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.	

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate

Nebenangebot unter dem Kriterium der Qualität der Leistungserbringung:
[Monate]

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit:
--	---------------------------------------------------------------------

	punkt der Qualität der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen oder –kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, die Anzahl der Umspannungsstationen, Messanlagen, Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzan-schlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben; • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Bedarfsgruppen)) 	

und Sondervertragskunden),	
----------------------------	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
 [%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

..... /

..... /

.....
Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU

Nebenangebot

Konzessionsvertrag Gas

zwischen

und

nachfolgend "Gemeinde" genannt

nachfolgend "EVU" genannt

wird folgender Vertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zum Netz der allgemeinen Versorgung mit Gas im Gemeindegebiet gehören, geschlossen.

§ 1 – Aufgaben und Pflichten des EVU

1. Das EVU errichtet und betreibt in der Gemeinde ein Gasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie nach § 11 EnWG sicherstellt. Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU.
 2. Das EVU ist verpflichtet, während der Dauer dieses Vertrages jedermann im Vertragsgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen anzuschließen, es sei denn, dass dem EVU der Anschluss nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann.
- 2.a)

Nebenangebote zu den Kriterien der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung :

Der Bieter könnte hier u.a. sonstige zulässige Leistungen nach § 3 Abs. 2 KAV z.B. zur Abwicklung des Kommunalrabatts, Regelungen zur Erschließung von Baugebieten oder zur Kooperation mit der Gemeinde oder Dritten bei der Leitungsverlegung anbieten.

Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte rot umrandet.

3.

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit (erwünscht sind hier insbesondere Regelungen dazu, wie sich das EVU die Einbindung der Gemeinde sowie Art, Umfang und Inhalt der Erstellung des Energiekonzeptes vorstellt.)
Das EVU wird auf Bitte der Gemeinde ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und etwaigen anderen Energiedienstleistern erstellen und dieses bei Bedarf fort-schreiben oder anpassen.	
Das EVU verpflichtet sich, sich an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes sowohl personell als auch finanziell maßgeblich zu beteiligen und seine Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, einzubringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt nach näherer Abstimmung mit der Gemeinde.	

4.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung die Regelung dahingehend verändern oder ergänzen, wie er gedenkt eine qualitativ hochwertige und ökologisch optimierte Dienstleistung anzubieten (z.B. ob und wie der Bieter gedenkt neue Technologien umzusetzen).
Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien ergeben, ist das EVU grundsätzlich bereit, diese bei neuen Anlagen zu verwirklichen.	

5.

Hauptangebot	Nebenangebot: Der Bieter könnte hier unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit ersetzend oder ergänzend Regelungen dahingehend aufnehmen, wie er sich eine kundenfreundliche Versorgung vorstellt (z.B. örtliche Nähe, Einbindung regionaler Partner)
---------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Das EVU ist bereit, die Gemeinde und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Gasanwendung zu beraten.	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

§ 2 - Rechte und Pflichten der Gemeinde

1. Die Gemeinde räumt dem EVU für die Dauer dieses Vertrages das Recht ein, den der Verfügung der Gemeinde unterliegenden öffentlichen Verkehrsraum (Straßen, Wege, Plätze usw.) oberirdisch und unterirdisch für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Versorgung von Kunden im Vertragsgebiet einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör zu nutzen.
2. Für Leitungen, die nicht der Versorgung in der Gemeinde dienen, räumt die Gemeinde dem EVU auf dessen Wunsch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten ein. Das EVU zahlt dabei an die Gemeinde eine Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB § 5 des Vertrages
3. Die Gemeinde räumt dem EVU ferner das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Gemeinde zu benutzen, wobei nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) jeweils ein gesonderter, entgeltlicher Gestattungsvertrag zu für beide Vertragspartner zumutbaren Bedingungen geschlossen wird. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Gemeinde anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder der Abschluss eines Gestattungsvertrages erforderlich ist. Für bereits verlegte Leitungen, ist das EVU verpflichtet, in einen bestehenden Gestattungsvertrag einzutreten oder – sollte ein solcher nicht bestehen – einen solchen spätestens 3 Monate nach Beginn dieses Vertrages abzuschließen.
4. Wird das Eigentum an dem für die Anlage vom EVU in Anspruch genommenen Grundstück einem Dritten übertragen, informiert die Gemeinde das EVU rechtzeitig und bestellt auf Antrag des EVU zu dessen Gunsten und auf dessen Kosten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit. Für eine eventuelle Wertminderung des Grundstücks leistet das EVU eine einmalige, angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 3 - Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem EVU

1. Die Gemeinde und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
2. Die Gemeinde und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.
- 3.

Nebenangebot: Hier könnte der Bieter unter dem Kriterium des zukunftsfähigen Standort- und Unternehmenskonzepts und Bürgerfreundlichkeit eine Regelung dazu aufnehmen, wie sich der Bieter eine Einbindung der Gemeinde bei der Aufgabenerfüllung vorstellt.

--

§ 4 - Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen

Hauptangebot	Nebenangebot zum Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: Der Bieter könnte hier zusätzlich Regelungen dazu aufnehmen, wie er sich eine Umsetzung der Ziele des § 1 EnWG zur Absicherung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung vorstellt. Z.B. sind hier Leistungen zur Absicherung der Versorgungssicherheit (Investitionsbereitschaft zur Vermeidung eines „Fahrens auf Verschleiß“, Wartung und Instandhaltung, Netzausfallquoten etc.) sowie eine Aussage zu regelmäßigen Zertifizierungen für den Netzbetrieb erwünscht.
1. Das EVU ist verpflichtet, die Gasverteilungsanlagen auf eigene Kosten in einwandfreiem, betriebsfähigem und sicherem Zustand zu errichten und zu unterhalten. Dabei ist das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) zu beachten.	

2.

Alternativpositionen im Hauptangebot zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten. Die Gemeinde ist berechtigt, die Mitverlegung von kommunalen Leitungen zu verlangen, wenn dies möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher dem EVU durch die Mitverlegung entsteht.	<input type="checkbox"/>
Die Gemeinde ist rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen zur Errichtung, Änderung oder Entfernung von Verteilungsanlagen unter Vorlage entsprechender Planungsunterlagen im Sinne des § 3 zu unterrichten.	<input type="checkbox"/>

3. Die Durchführung derartiger Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen oder auf sonstigen gemeindeeigenen Grundstücken erfolgt grundsätzlich mit Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Belange des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes sowie der Gemeindegestaltung oder sonstige wesentliche öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, oder ein anderer wichtiger Grund vorliegt. Dabei hat die Gemeinde auch die Belange des EVU an einer gesicherten und wirtschaftlichen Versorgung zu berücksichtigen. Ansprüche des EVU wegen einer zulässigen Zustimmungsverweigerung sind ausgeschlossen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Einzelanschlüssen und bei Umbauarbeiten von geringerer Bedeutung sowie bei der unaufschiebbaren Beseitigung von Störungen oder Schäden.
4. Den Beginn von Bauvorhaben wird das EVU rechtzeitig dem für den Tiefbau zuständigen Fachbereich der Gemeinde schriftlich anzeigen. Dieses gilt nicht für die unauf-

schiebbare Beseitigung von Störungen, hier erfolgt die Anzeige während der darauf folgenden Dienststunden. Die Anzeige kann auch telefonisch erfolgen. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde Bauarbeiten durchzuführen beabsichtigt, durch die die Verteilungsanlagen des EVU beeinträchtigt werden könnten. Bauarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum sind unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und möglichst geringer Behinderung des Verkehrs durchzuführen.

5. Das EVU hat die für ihre Baumaßnahmen benutzten Grundstücke nach Beendigung der notwendigen Arbeiten umgehend auf seine Kosten entsprechend den geltenden anerkannten technischen Regeln in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der mindestens dem Zustand vor Beginn der Arbeiten oder einem gleichwertigen Zustand entspricht. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen. Für eine einwandfreie Wiederherstellung hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab Abnahme der Arbeiten an den wiedergeherstellten Oberflächen durch die Gemeinde, spätestens aber 1 Monat nachdem der Gemeinde der Abschluss der Arbeiten mitgeteilt wurde.
6. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Straße, oder in sich abgeschlossener Teile, findet auf Wunsch der Gemeinde oder der des EVU eine gemeinsame Besichtigung statt. Die Gemeinde kann auf die gemeinsame Besichtigung verzichten. Über eine Besichtigung wird eine Niederschrift gefertigt, in die etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung durch das EVU eine nochmalige gemeinsame Besichtigung statt.
7. Falls wegen des Vorhandenseins von Verteilungsanlagen besondere Aufwendungen der Gemeinde in ihrem öffentlichen Verkehrsraum erforderlich sind, hat das EVU den dadurch verursachten Mehraufwand zu tragen, soweit die Anlagen vom EVU für den Mehraufwand ursächlich sind.
8. Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über seine in der Gemeinde vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS). Es stellt der Gemeinde jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Vertragsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form unentgeltlich – auf Wunsch auch in elektronischer Form – zur Verfügung. Im Übrigen erhält die Gemeinde auf Anfrage bei Bedarf Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes. Die Gemeinde verpflichtet sich, Dritte darauf hinzuweisen, dass diese vor Durchführung von Baumaßnahmen Leitungsauskünfte beim EVU einzuholen haben.

9.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung	
1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann. Eine Entschädigung des EVU erfolgt nicht.	<input type="checkbox"/>
2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.	

<p>1. Werden Gasverteilungsanlagen samt Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen nicht mehr vom EVU genutzt und wird eine Wiederinbetriebnahme der Anlagen oder Anlagenteile auf absehbare Zeit (mindestens 3 Jahre) durch das EVU nicht erfolgen, so kann die Gemeinde die Beseitigung dieser Anlagen verlangen. Die Kosten hierfür trägt das EVU nur dann, wenn der Gemeinde der weitere Verbleib der Anlagen nicht zugemutet werden kann.</p> <p>Bei einer Beseitigung von Gasverteilungsanlagen und/oder Zubehör einschließlich Gasdruckregelstationen, die die Gemeinde veranlasst hat, hat das EVU einen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde in Höhe des Sachzeitwertes der entsprechenden Anlage, der entsprechend § 11 dieses Vertrages berechnet wird. Dies gilt nicht, sofern ein Fall von § 5 Abs. 2 (Folgepflicht) vorliegt oder es sich um Anlagen handelt, die vom EVU nicht nur vorübergehend nicht genutzt werden.</p> <p>2. Das EVU hat seine vorhandenen Altleitungen in Leitungskatastern zu dokumentieren, aus denen das EVU die erforderlichen Angaben an die Gemeinde oder bei Leitungsanfragen an Dritte weiterleitet. Schäden oder Folgeschäden, die durch Altleitungen oder sonstige ungenutzte Versorgungseinrichtungen des EVU hervorgerufen werden, gehen zu Lasten des EVU.</p>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------

§ 5 - Änderung der Verteilungsanlagen

1. Erfordern gemeindliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse aus Anlass der Änderung von Straßen, Wegen, Plätzen, Gräben, Brücken, Kanalisations- und Wasserleitungen u.ä. die Änderungen oder Sicherungen der bestehenden Verteilungsanlagen des EVU auf Vertragsgrundstücken), so führt das EVU nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde die Änderung oder Sicherung in angemessener Frist durch (Folgepflicht).

2.

Alternativposition zum Hauptangebot unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung	
<p>Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) trägt das EVU. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.</p>	<input type="checkbox"/>
<p>Die hierfür notwendigen Kosten (Folgekosten) tragen das EVU und die Gemeinde je zur Hälfte. Davon abweichend trägt die Gemeinde die Folgekosten in den Fällen und in der Höhe, in denen ein Dritter verpflichtet ist, oder von der Gemeinde verpflichtet werden könnte, die Folgekosten zu erstatten, oder soweit sich ein Dritter an den Kosten der gemeindlichen Maßnahme beteiligt. Dies gilt jedoch nicht für Beiträge, Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach abgaberechtlichen Vorschriften.</p>	<input type="checkbox"/>

3. Soweit Folgekosten durch vermeidbare Fehlplanung der Gemeinde eintreten, hat die Gemeinde ebenfalls die Folgekosten zu tragen.

4. Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6 - Haftung

1. Das EVU haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile, die durch den Bau und den Betrieb ihrer Leitungen und Anlagen der Gemeinde oder Dritten entstehen.
2. Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Gemeinde geltend machen, hat das EVU die Gemeinde freizustellen. Die Gemeinde darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Gemeinde durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
3. Werden bei Arbeiten der Gemeinde Anlagen des EVU beschädigt, hat die Gemeinde die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten dann zu tragen, wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen wird.

§ 7 - Konzessionsabgabe

1. Als Gegenleistung für die dem EVU eingeräumten Rechte erhält die Gemeinde vom EVU eine Konzessionsabgabe. Dies gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfällen nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.
2. Das EVU zahlt die Konzessionsabgaben nach den Höchstsätzen der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung.
3. Das EVU gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den höchst zulässigen Preisnachlass auf alle Preisbestandteile für den Netzzugang aller Abnahmestellen in Niederspannung der Gemeinde (derzeit in Höhe von 10 %).

Für Eigengesellschaften der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, wird dieser Nachlass nicht gewährt.

4. Die Konzessionsabgabe ist spätestens bis zum

30.09.

Nebenangebot zur Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung: [Tag/Monat]

nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahres) an die Gemeinde zu entrichten. Das EVU leistet auf die zu entrichtende Konzessionsabgaben jeweils zum Quartalsende eines jeden Kalenderjahres Abschläge in Höhe von 25% des Betrages, den die Kommune für das Vor-Vorjahr erhalten hat. Die Abschlagshöhe wird mit der Endabrechnung mitgeteilt.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

§ 8 - Wirtschaftsklausel

Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Gemeinde und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

§ 9 - Übertragung von Rechten und Pflichten

1. Die Gemeinde ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen.
2. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Gemeinde auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Gemeinde in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.
3. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

§ 10 - Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt zum

Alternativposition zum Kriterium der Qualität der Leistungser- bringung	
01.01.2013	<input type="checkbox"/>
01.01.2014	<input type="checkbox"/>

in Kraft und gilt 20 Jahre.

§ 11 - Endschaftsbestimmung

1. Schließt die Gemeinde nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung der elektrischen Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier ergänzende oder ändernde Regelungen zur Wertermittlung erwünscht.
2. Als angemessene Vergütung für die Übertragung der Anlagen im Verhältnis zwischen dem EVU und der Gemeinde gilt der aus den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch Indizierung ermittelte Tagesneuwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen nach technisch wirtschaftlicher Nutzungsdauer (Sachzeitwert) zzgl. Umsatzsteuer. Sollte der Ertragswert der Anlagen den Sachzeitwert unterschreiten, so ist der Ertragswert anstelle des Sachzeitwertes maßgeblich.	
3. Sollte kraft gesetzlicher Normierung oder letztinstanzlicher höchstrichterlicher Rechtsprechung geregelt oder festgestellt werden, dass ein anderer Wert als der Sachzeitwert für die Bestimmung der wirtschaftlich angemessenen Vergütung gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 EnWG maßgeblich ist, so gilt dieser Wert ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung anstelle des in Absatz 1 erwähnten Sachzeitwertes. Auch dieser Wert wird allerdings durch den Ertragswert nach oben begrenzt.	
4. Bei der Feststellung der Höhe des Wertes gemäß § 11 Ziffer 1 sind vom EVU bei Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.	

Hauptangebot	Nebenangebot: Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Leistungserbringung sind hier Regelungen zur Kostentragung und Art der Entflechtungsmaßnahmen erwünscht (z.B. nur messtechnische Entflechtung soweit zulässig).
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung der Netze (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung der Netze (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei	

nur die Kosten der Entflechtung.	
----------------------------------	--

6. Die Anlagen, welche das EVU zur Regionalversorgung benötigt, bleiben im Eigentum des EVU. Das EVU hat den Nachweis durch einen unabhängigen Sachverständigen zu erbringen, wenn es sich darauf beruft, dass eine Anlage nicht überwiegend der Versorgung des Vertragsgebietes dient. Hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Gemeinde dienen, wird das EVU mit dem zur Übernahme Berechtigten eine angemessene Lösung herbeiführen.
7. Der Umfang der von der Gemeinde oder dem benannten Dritten zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.

Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben.

8. Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
9. Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte.

§ 12 - Auskunftspflichten

1. Das EVU ist verpflichtet, der Gemeinde jederzeit die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens

6 Monate	Nebenangebot unter dem Kriterium der Qualität der Leistungserbringung: [Monate]
----------	-------------------------------------------------------------------------------------------

nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:

	Nebenangebot unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Leistungserbringung
<ul style="list-style-type: none"> • Sachzeitwert der Anlagen im Versorgungsgebiet nebst nachvollziehbarer Erläuterungen zur Wertermittlung • Mengengerüst der für den Betrieb des Gasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und 	

<p>Erhaltungszustand. Hierzu gehören: die Länge der zum Netz gehörenden Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckleitungen (falls vorhanden), die Länge der Hausanschlussleitungen, die Anzahl der Gasdruckregelanlagen/Gasverteilerstationen, Messanlagen, die Gasabgabemenge, die Anzahl der Gasübernahmestationen und Odorierungsanlagen, die Anzahl der Hausanschlüsse, die Anzahl der Zähler, die Anzahl der Netzkopplungspunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung, aufgegliedert nach einzelnen Anlagegegenständen mit netzkalkulatorischen anerkannten Nutzungsdauern und Anschaffungsjahr, • Tagesneuwerte der Anlagen • Höhe der nicht aufgelösten Netzan-schlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Hoch-, Mittel- und Niederdruckanlagen, • zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben; • Verlustmengen im Netz • Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeiter • Erlöse aus den vereinnahmten Netznutzungsentgelten aus den vergangenen 3 Jahren, • Absatzmengen im Konzessionsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifikunden (getrennt nach Bedarfsgruppen) und Sondervertragskunden) 	
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

2. Fordert die Gemeinde das EVU zur Überlassung der Informationen nach Absatz 1 mehr als 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf, hat die Gemeinde

50 %

Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
[%]

der für die Erstellung der Unterlagen anfallenden Kosten zu tragen.

3. Das EVU führt auf seine Kosten spätestens 3 Jahre vor Auslaufen des Konzessionsvertrages auf Wunsch der Gemeinde die Aufnahme der Energieversorgungsanlagen durch. Die Gemeinde ist berechtigt, eine sachverständige Person zu stellen. Die Aufnahme kann dann gemeinsam erfolgen. Die Gemeinde trägt dann die bei ihr anfallenden Kosten.

Hauptangebot	Nebenangebot unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
4. Nach einer Aufnahme gemäß § 12 Ziffer 3 werden in den zu übernehmenden Gebieten Änderungen an den vorhandenen Gasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Gasverteilungsanlagen nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Übernahmetag und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.	

§ 13 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hierdurch nicht berührt. Anstelle der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung tritt im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der rechtsunwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

§ 14 - Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Landgericht Oldenburg.
3. Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Gemeinde und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

.....

.....

.....
Gemeinde
Bürgermeister

.....
EVU